

A. Heinemann-Grüder, S. Savčenko, D. Durnev

Zwangskonversion und Terror

Russlands Besatzungsregime in der Ukraine

Russland verwandelt die ukrainischen Gebiete, die es besetzt und annektiert hat, in integrale Bestandteile des eigenen politischen, militärischen, wirtschaftlichen und ideologischen Regimes. Zur Russifizierung der Bevölkerung greifen die Besatzungsbehörden auf sowjetische Praktiken zurück. In der Besatzungspraxis spiegelt sich der Charakter der russländischen Herrschaft unter Putin. Einerseits passen sich die Menschen an das Besatzungsregime an. Andererseits leisten einige weiterhin Widerstand. Das zeigt, dass es nach wie vor Möglichkeiten für Unbotmäßigkeit gibt.

Russlands Krieg gegen die Ukraine erscheint in den Medien oft nur noch als imperialer Tango, den US-Präsident Donald Trump mit Putin tanzt. Andere Aspekte des Kriegs sind weitgehend aus dem Blick geraten. Mit den Praktiken russländischer Besatzungspolitik haben sich auch zuvor nur wenige Beobachter eingehend befasst.¹ Moskau geht es auf der Krim sowie in den Gebieten Donec'k, Luhans'k, Zaporizžja und Cherson darum, diese durch Zwangsrussifizierung zu integralen Bestandteilen seiner politischen, militärischen, wirtschaftlichen und ideologischen Ordnung zu machen.

Russifizierung bedeutet die Liquidierung der ukrainischen Selbstverwaltung, den Oktroi russländischer Staatsstrukturen, die Ersetzung proukrainischen Personals, die Militarisierung des öffentlichen Raums und die Umstellung auf Russisch als einzige Amtssprache. Russifizierung umfasst vom Kreml kontrollierte Medien, die obligatorische Einführung russländischer Curricula an Schulen, die Umbenennung von Städten und Straßen,

Andreas Heinemann-Grüder (1957), apl. Professor, Senior Researcher am Global Public Policy Institute in Berlin und am CASSIS der Universität Bonn

Sergej Savčenko (1955), Generalmajor des SBU a.D. und Direktor des Analytischen Zentrums für die Untersuchung und Bekämpfung hybrider Bedrohungen in Kiew

Dmitrij Durnev (1968), Neurochirurg und Journalist, berichtet seit 2014 aus dem Donbass über die Praktiken der russländischen Besatzung.

Die Recherchen zum vorliegenden Beitrag wurden z.T. im Rahmen des von der *Volkswagen-Stiftung* finanzierten Projektes zur Konsolidierung von De-facto-Regimen sowie durch finanzielle Unterstützung der *Konrad-Adenauer-Stiftung* (Ukraine) und der *Friedrich-Ebert-Stiftung* (Ukraine) ermöglicht. Erkenntnisse aus den unabhängigen Projekten werden hier zusammengeführt.

¹ Nikolay Petrov: Russia in the Occupied Territories of Ukraine. Policies, Strategies and Their Implementation, SWP Comment 2024/C 38, 5.9.2024. – Maryna Venneri: Russia's Occupation Strategy – the Biggest Long-term Threat to Ukraine's Stability. Middle East Institute, 23.3.2023. – Mykola Homanyuk: Unter Besatzung. Eine Chronik aus Cherson, in: OSTEUROPA, 1–3/2023, S. 69–96. – Tatiana Zhurzhenko: Terror, Kollaboration und Widerstand. Russlands Herrschaft in den neu besetzten Gebieten der Ukraine, in: OE, 6–8/2022, S. 179–200.

die gezielte Ansiedlung von Russen sowie die Verfolgung und Vertreibung proukrainischer Bürger. Die Menschen in den besetzten Gebieten sollen zu unterwürfigen Bürgern Russlands gemacht werden. Die Eingliederung der besetzten Gebiete ist die größte Infrastrukturmaßnahme Russlands.²

Die Russifizierung greift auf sowjetische Praktiken nach der Annexion des Baltikums ab 1940 bzw. nach der Rückeroberung ab 1944 zurück: auf die Massendeportation der Einheimischen, die Einsetzung von Quisling-Regenten bei gleichzeitiger Ansiedlung von Russen.³ Russland ist nach Kriegsvölkerrecht und humanitärem Völkerrecht verpflichtet, Zivilisten und Nichtkombattanten zu schützen, Eigentumsrechte zu wahren und Menschen nicht gewaltsam zu vertreiben.⁴ Tatsächlich verstößt Russland täglich gegen diese völkerrechtlichen Verpflichtungen.

Am 21. Februar 2022, drei Tage vor Beginn des Krieges, verabschiedete die Russländische Staatsduma ein Gesetz zur Anerkennung der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Ostukraine als unabhängige Staaten – ein Vorwand für die Annexion. Damit gab Russland nicht länger vor, unparteiisch im angeblich „internen Krieg“ in der Ukraine zu sein. Am 30. September 2022 erklärte Russland dann die Annexion von vier ukrainischen Gebieten (Oblast) – Donec’k, Cherson, Luhans’k und Zaporiz’zja –, ohne diese Gebiete indes militärisch, geschweige denn politisch vollständig zu kontrollieren. Nach drei Jahren Krieg ist die Region Luhans’k die einzige, die Russland vollständig besetzt hält, während es im Spätsommer 2024 etwa 58 Prozent der Region Cherson, 72 Prozent der Region Zaporiz’zja und 61 Prozent der Region Donec’k kontrollierte.⁵ Russland plante am Anfang keine langanhaltende Besatzung mit eigenen militärischen und zivilen Strukturen, sondern die Wiederholung der Krim-Annexion unter Mitwirkung örtlicher Kollaborateure – das Scheitern dieser Strategie erklärt das anfängliche Chaos.⁶

Im Dezember 2022 zählte die Internationale Organisation für Migration etwa 2,9 Millionen Menschen, die die besetzten Gebiete nach Beginn der umfassenden Invasion verlassen hatten. Nach Angaben von Nikolaj Petrov wird die Gesamtbevölkerung der von Russland besetzten Gebiete auf etwa 3,47 Millionen Menschen geschätzt. Opfer der russländischen Kriegs- und Besatzungspolitik sind, neben den Kriegsverletzten und Toten, sowohl diejenigen, die zur Flucht gezwungen wurden, als auch die verbliebenen Ukrainer.

Die Einverleibung der besetzten Gebiete bedeutet, das existierende soziale Gefüge zu zerschlagen. Einverleibung bedeutet mehr als bloße Absorption. Russland exportiert und importiert zugleich Formen der Herrschaft aus den besetzten Gebieten, vergleichbar der früheren „Tschetschenisierung“ Russlands.⁷ In ähnlicher Weise prägen Russlands Krieg und die Besetzung von Teilen der Ukraine das Bild Russlands im Allgemeinen. In der Herrschaft der Besatzung kristallisiert sich das russländische Regime heraus, es findet dort seine Form, seinen Modus Operandi und seine Prägung. Die Besatzung zu

² Petrov, *Russia in the Occupied Territories* [Fn. 1].

³ Romuald J. Misiunas, *Rein Taagepera: The Baltic States. Years of Dependence, 1940–1990*. Oakland/CA 1993.

⁴ Jeff A. Bovarnick, Brian J. Bill: *Law of War Handbook*. Charlottesville/VA, 2010.

⁵ Petrov, *Russia in the Occupied Territories* [Fn. 1].

⁶ Homanyuk, *Unter Besatzung* [Fn. 1], S. 95f.

⁷ Robert Bruce Ware: *Chechenization: Ironies and Intricacies*, in: *The Brown Journal of World Affairs*, 2/2009, S. 157–169.

studieren bedeutet, das Wesen der russländischen Politik zu verstehen. Die Praktiken offenbaren die Absichten in Aktion.

In den besetzten Gebieten stützt sich die Datenerhebung auf persönliche Kontakte, auf die individuelle Kommunikation über „Signal“ oder „Telegram“; die Gesprächspartner haben immer mehr Angst, offen über Telefonleitungen, Skype oder Zoom zu sprechen. Es gibt keine zuverlässigen Statistiken. Die Forschung sammelt Bruchstücke, um sie zu einem mehr oder weniger zuverlässigen Mosaik zusammenzufügen. Erkenntnisse werden z.T. aus anekdotischer Evidenz abgeleitet. Eine Triangulation ist fast unmöglich, aber die Alternative wäre, die Praktiken der Besatzung gar nicht zu behandeln. Unter den Bedingungen autokratischer Herrschaft lassen sich Daten nur mit „Guerilla-Methoden“ erheben, wobei die Sicherheit von Informanten schwerer wiegt als jede akademische Transparenznorm. Für die vorliegende Studie wurden im Laufe des Jahres 2024 Interviews über Telegram, Signal, WhatsApp, Zoom oder Skype mit Menschen geführt, die derzeit in den von Russland kontrollierten Gebieten leben und/oder dort im Widerstand gegen die Besatzung agieren. Dabei handelt es sich überwiegend um Fachkräfte aus dem Gesundheits-, Bildungs- und Wirtschaftssektor, um Menschenrechtsaktivisten oder Menschen, die vorübergehend unter russländischer Kontrolle gelebt haben und entweder befreit wurden oder aus den von Russland kontrollierten Gebieten geflohen sind. Darüber hinaus stützt sich der Bericht auf „Open Source Intelligence“ (OSINT), (soziale) Medienberichte und Sekundärliteratur. Eine systematische Sammlung von Informationen wird durch den fehlenden physischen Zugang zu den von Russland kontrollierten Gebieten behindert – eine Informationspolitik, die ein integraler Bestandteil der russländischen Kriegsanstrengungen ist. Trotz der rechtlichen Zugehörigkeit der Volksrepubliken Donezk (DNR) und Lugansk (LNR) sowie der Krim zur Ukraine beschränken wir uns in der folgenden Analyse auf die neu besetzten Teile der Regionen Zaporizžja und Cherson.

Wer sind die Besatzer?

Ursprünglich hatten die russländischen Invasoren mit einer blitzschnellen Eroberung des gesamten ukrainischen Territoriums, einschließlich Kiews gerechnet. Der Kreml hatte zuvor eine Art Gauleiter unter den regionalen Kollaborateuren und ethnischen Russen vorbereitet. Nach Russlands Plan sollten die Gebiete ohne nennenswerten Widerstand eingenommen werden. Die gesamten Regionalverwaltungen sollten auf die Seite Russlands übergehen, lediglich das Führungspersonal sollte neu ernannt werden. Doch aufgrund des Widerstands der Ukrainer musste der Kreml eigene Besatzungsorgane schaffen.

Die Regierungszweige wurden in den besetzten Gebieten nach einem einheitlichen Plan und mit denselben Methoden und Personalressourcen gebildet. In Russland sind der stv. Leiter der Präsidialverwaltung, Sergej Kirienko, und der stv. Ministerpräsident Marat Chusnullin mit der Eingliederung der besetzten Gebiete in das russländische Regierungssystem betraut. Weitere Zuständigkeiten liegen bei Bauminister Irek Fajzullin und einem weiteren stv. Ministerpräsidenten, Dmitrij Černyšenko, der für die digitale Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung verantwortlich ist.⁸ Kirienko beaufsichtigt die Wahlen

⁸ Petrov, *Russia in the Occupied Territories* [Fn. 1].

in den besetzten Gebieten, die Zusammenarbeit mit politischen Parteien, öffentlichen Organisationen und die Jugendpolitik. Kirienko ist dem Direktorat für Innenpolitik und dem Direktorat für öffentliche Projekte des Kreml unterstellt. Er organisierte die Pseudo-referenden und Wahlen in den besetzten Gebieten im September 2022.⁹ Die Kontrolle und Verwaltung der Besatzungsbehörden der Regionen erfolgt durch Mitarbeiter der Kremlverwaltung, die nominell Positionen in den regionalen oder lokalen Parlamenten innehaben. Der Kreml hat damit eine Machtvertikale geschaffen, die derjenigen in anderen Regionen der Russländischen Föderation ähnelt.

Im Mai 2022 erklärte Sergej Kirienko, dass russländische Regionen die Schirmherrschaft über die Regionen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk übernehmen würden.¹⁰ Diese Schirmherrschaft wurde dann auf die russländisch besetzten Teile der Regionen Zaporizžja und Cherson ausgedehnt. Sie umfasst Mittel für Bau- und Sanierungsarbeiten, die Bereitstellung von Material, Ausrüstung und Fachkräften sowie finanzielle Beiträge zur nationalen Verteidigung und die Abstellung von Führungskräften der mittleren und unteren Ebene. Verwalter (Kuratoren) aus russländischen Regionen werden regelmäßig einer bestimmten besetzten Region zugewiesen. So ist die Region Krasnodar für den besetzten Teil der Region Zaporizžja zuständig. Die Hauptabteilung des Innenministeriums der Region Krasnodar hat die Schirmherrschaft für Teile der Regionen Zaporizžja und Cherson übernommen. Der Kreml wälzt die wirtschaftliche Last der Besatzung teilweise auf die Regionen ab. Wie Nikolaj Petrov feststellt, sind „Zehntausende von Bürgern aus fast allen Regionen Russlands sowie Gastarbeiter direkt an der Wiederherstellung und dem Aufbau der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur, des Wohnungsbaus und der Unternehmen beteiligt“.¹¹

Russland hatte das Personal für die Besatzung vor dem vollständigen Einmarsch in die Ukraine ausgewählt und entsprechend vorbereitet. Von Anfang März 2022 bis Ende April 2022 versank die Bildung einer Exekutive für die Besatzung jedoch zunächst im organisatorischen Chaos. Die lokalen ukrainischen Verwaltungen wurden entweder aus den eroberten Gebieten evakuiert oder sie konnten ihre bisherigen Aufgaben aufgrund der Blockade von Straßen und Kommunikationswegen durch die russländischen Streitkräfte nur eingeschränkt wahrnehmen. Ab Mai 2022 entstanden deshalb gemischte „militärisch-zivile Verwaltungen“ für Cherson, Zaporizžja, Charkiv und Mykolajiv, in denen repressive und administrative Aufgaben vereint wurden. Ab November 2022 wurden die ukrainischen Gebietsverwaltungen aufgelöst, während die Rajon-, Stadt- und Siedlungsverwaltungen im Wesentlichen beibehalten wurden. Die Verwaltungsstrukturen und die Exekutive auf Gebietsebene folgten russländischen Standards.

⁹ Occupied regions of Ukraine vote to join Russia in stages referendums. Npr.org, 27.9.2022, <www.npr.org/2022/09/27/1125322026/russia-ukraine-referendums>.

¹⁰ Hierzu und zum Folgenden Petrov, *Russia in the Occupied Territories* [Fn. 1].

¹¹ Ebd.

Personalpolitik

Da der Plan scheiterte, die Ukraine mit einem Blitzsieg zu unterwerfen, sah sich der Kreml gezwungen, Kollaborateure zur Bildung von Exekutivorganen auf unterer Ebene einzusetzen, von denen nicht alle über Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung verfügten. Dies führte zu einem Verwaltungschaos in den besetzten Gebieten und dem Zusammenbruch des öffentlichen Dienstes. Zeitweilig war die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten unterbrochen. Die russländischen Besatzer setzten Personal ein, das durch ein „russlandweites Programm zur Auswahl und Ausbildung von Führungskräften“ vorbereitet und von Kirienko initiiert worden war. Die Gewinner dieses Wettbewerbs „Führer Russlands“ sowie Absolventen von Fortbildungskursen für öffentliche Verwaltung an der Russländischen Akademie für Volkswirtschaft erhielten Schlüsselpositionen der Exekutive und der Vertretungsorgane der Besatzungsbehörden. Diese Personen wurden von der russländischen Präsidialverwaltung ausgewählt und angewiesen, die Besatzungsbehörden zu kontrollieren.

Schon vor dem vollständigen Einmarsch Russlands wurden führende Quislinge wie Vladimir Sal'do (Gebiet Cherson) und Jevhen Balyc'kyj (Gebiet Zaporizžja) von der Kremlverwaltung auf ihre Rolle als Führer der besetzten Regionen vorbereitet; sie standen in regelmäßigem Kontakt mit ihren russländischen Kuratoren.¹² Die rasche Bildung der Besatzungsbehörden, die Abhaltung gefälschter Referenden und Wahlen sowie die Verabschiedung von Gesetzen zeigen, dass der Kreml es sehr eilig hatte, die eroberten Gebiete zu integrieren. Der Aufbau von Exekutivorganen in den besetzten Gebieten weist Gemeinsamkeiten auf. Nur wenige ukrainische Politiker setzten ihre Karrieren in den von Russland kontrollierten Besatzungsverwaltungen fort. Zudem wurde das örtliche Personal in der Regel nur ausgewählt, um zu demonstrieren, dass der Wunsch nach Abspaltung von der Ukraine aus der örtlichen Bevölkerung kommt. Einige der lokalen Kollaborateure stammen aus einem kriminellen Umfeld, während die eigentlichen Management- und Finanzentscheidungen stets von aus Moskau entsandten Kuratoren getroffen werden.

In den besetzten Gebieten können aufstrebende russländische Verwaltungsbeamte ihre Karriere vorantreiben. Ein Beispiel ist DNR-Premierminister Vitalij Chozenko. Im Alter von 36 Jahren wurde er im Juni 2022 ohne jegliche Verbindung zum Donbass an die Spitze der DNR berufen. Im März 2023 stand er bereits an der Spitze der Region Omsk in der Russländischen Föderation. Ukrainische Beamte der mittleren Ebene, d.h. Fachleute aus den Bereichen Verkehr, Bildung, Medizin und der Kommunalverwaltung, wurden in der Regel übernommen. Die bereits russifizierten Beamten der LNR/DNR bildeten eine Personalreserve für die Besetzung von Posten bei der Polizei, dem Steuerdienst, dem Staatssicherheitsdienst (MGB) und den Ministerien in den neu besetzten Gebieten Zaporizžja und Cherson. Russlands Führung beauftragte die Bildungseinrichtungen in den „alten“ besetzten Gebieten der Volksrepubliken Donezk (DNR) und Lugansk (LNR), Personal für die Polizei und den Staatssicherheitsdienst MGB in den neu besetzten Gebieten vorzubereiten. An allen Universitäten der LNR/DNR wurden

¹² <https://en.wikipedia.org/wiki/Vladimir_Saldo>, – <https://en.wikipedia.org/wiki/Yevgeny_Balitsky>.

die Aufnahmeprüfungen abgeschafft. Jeder, der über einen Sekundarschulabschluss verfügte, wurde aufgenommen und erhielt sogar ein Stipendium, um die personelle Lücke zu schließen. Die Akademie des Innenministeriums der DNR, das Militärlyzeum und die Militärinfanterieschule boten Essen, eine Uniform und ein Stipendium an, was einen gewichtigen Anreiz für Kollaborateure darstellte.

Das regionale Zentrum des Gebiets Cherson wurde zwischen dem 1. und 3. März 2022 von russländischen Truppen eingenommen. In den ersten zwei Wochen herrschte in der Region Unordnung. Die Kollaborateure, auf die sich die russländischen Invasionstruppen stützten und die sie bereits kannten, hatten meist eine Vergangenheit als prorussländische Aktivisten oder Lokalpolitiker, die hofften, ihren Status behalten oder verbessern zu können. Der prominenteste Kollaborateur in der Region Cherson war Vladimir Sal'do, der am 26. April 2022 vom russländischen Militär offiziell zum Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung von Cherson ernannt wurde.

Am 16. März 2022 wurde ein „Komitee zur Rettung der Region Cherson“ gegründet. Zu seinen Mitgliedern gehörten Kirill Stremousov, der in den Jahren 2017–2019 an der Spitze des Regionalverbands Cherson der *Sozialistischen Partei der Ukraine* gestanden hatte und 2021 der prorussländischen Partei *Deržava* (Staat) beigetreten war; Igor' Semenčev und Sergej Čerevko, die beide 2019 bei den Wahlen zum ukrainischen Parlament angetreten waren; Tat'jana Kuzmič, Mitglied der russisch-nationalistischen Vereinigung *Rusič*; Dmitrij Savlučenko, Gründer der prorussländischen Organisation *Novaja Rus'* (Neue Rus) und Georgij Kalenov, der in den Jahren 2013/14 als Anti-Majdan-Aktivist aufgetreten war.¹³ Diese Kollaborateure hatten öffentlich prorussländische Ansichten vertreten und waren wahrscheinlich schon vor 2014 von den russländischen Sicherheitsdiensten rekrutiert worden.

Schaut man auf das Personal der Regionalduma von Cherson und der Gesetzgebenden Versammlung der Region Zaporizžja, so lassen sich die Abgeordneten in verschiedene Kategorien einteilen und ihre Motivation bestimmen. In die Vertretungskörperschaften wurden sowohl Russen als auch Kollaborateure gewählt. In der Regionalduma von Cherson lag das Verhältnis zwischen Russen und Kollaborateuren bei 35 Prozent zu 65 Prozent, in der Gesetzgebenden Versammlung der Region Zaporizžja bei 27 Prozent zu 73 Prozent. Russland stützte sich im Wesentlichen auf Kollaborateure, aber ein Viertel bis ein Drittel waren russländische Beamte, die damit die Rhetorik der nationalen Selbstbestimmung in Frage stellten.

Die Kollaborateure unter den regionalen Abgeordneten lassen sich in mehrere Kategorien einteilen. Erstens findet man diejenigen, die prorussländischen Parteien wie der *Kommunistischen Partei der Ukraine*, der *Partei der Regionen*, dem Oppositionsblock *Naš Kraj* oder dem *Volodymyr-Sal'do-Block* angehörten. Eine zweite Kategorie sind solche, die schon in der Ukraine gegen das Gesetz verstoßen hatten und in der öffentlichen Verwaltung oder der Wirtschaft tätig waren. Ihr Motiv für die Zusammenarbeit war bzw. ist die Vermeidung von Strafverfolgung. Eine dritte Gruppe sind jene, die in der Ukraine öffentlich prorussländische Ansichten geäußert hatten und mit prorussländischen Nicht-Regierungsorganisationen in Verbindung standen. Zur vierten Kategorie gehören „erprobte Kollaborateure“, die bereits seit 2014 auf der Krim Erfahrungen in der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung gesammelt haben.

¹³ „Komitet spasinnja“ z kolaborantiv Sal'do, Stremousova ta Semenčeva. Vgoru.org, 16.3.2022.

Eine große Gruppe der stellvertretenden Mitarbeiter sind diejenigen, die bereits vor dem Einmarsch Abgeordnete waren. Eine beträchtliche Anzahl von ihnen stand in Verbindung mit prorussländischen Parteien und Bewegungen und äußerte vor dem umfassenden Einmarsch Ansichten pro Russland. Die nächste Kategorie sind Kollaborateure, die dem öffentlichen Dienst angehörten und sich nach der Invasion bereit erklärten, mit den Besatzern zusammenzuarbeiten. Eine weitere Kategorie von Kollaborateuren sind Wissenschaftler, die sich einen beruflichen Aufstieg erhofften. Die Hauptmotivation der meisten Personen mit unterschiedlichem Hintergrund sind Karrierehoffnungen und eine gemeinsame Weltanschauung mit den Besatzern. Motive der Kollaborateure waren auch Bestrebungen, das eigene Unternehmen zu erhalten sowie soziale Aufwertung.

Repressionsorgane

Die Sicherheitsorgane für die Besetzung der Regionen Cherson und Zaporizžja wurden zwischen Februar 2022 und Januar 2023 in drei Etappen geschaffen. Vor dem Beginn der militärischen Invasion am 24. Februar 2022 führte der Föderale Sicherheitsdienst (FSB) durch eingeschleuste Agenten in der Regierung und den Verwaltungen der Ukraine eine vorbereitende Operation durch, um zwei Kategorien von Personen zu identifizieren: potenzielle Kollaborateure und Gegner der Besetzung. Sie konzentrierten sich auf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Politik, Journalisten, ehemalige Teilnehmer der Anti-Terror-Operation (ATO) und Mitarbeiter der ukrainischen Sicherheitskräfte, die die Besatzer isolieren oder liquidieren wollten. Russlands Führung hatte Listen mit ukrainischen Politikern und anderen prominenten Persönlichkeiten erstellen lassen, die nach dem Angriff auf die Ukraine verhaftet oder getötet werden sollten.¹⁴

Der Plan des Kreml sah nicht vor, separate Strafeinheiten zu schaffen. Die Hauptaufgaben der FSB-Offiziere, die mit den russländischen Truppen als Teil der sogenannten temporären Einsatzgruppen in das ukrainische Hoheitsgebiet eindringen, bestanden darin, die Sicherheit der eigenen Truppen zu gewährleisten und ukrainische Kriegsgefangene zu verhören. Alle Maßnahmen zur Unterdrückung des Widerstands sollten von neu eingerichteten lokalen Sicherheitsdiensten, den Nachfolgern des ukrainischen Geheimdienstes SBU in den Regionen unter der Aufsicht eines FSB-Vertreters aus Russland durchgeführt werden.

Das Scheitern der Kreml-Strategie zur Eroberung Kiews und der anfängliche massive Widerstand der Zivilbevölkerung führten zu einer Änderung des Ansatzes: Angehörige des FSB wurden direkt zur Überwachung eingesetzt. Ab Mitte März 2022 bewertete der FSB die eher chaotische Situation und unterdrückte die Massenproteste.¹⁵ Etwa ab April

¹⁴ Rossija sostavila spiski tech, kogo nužno arestovat' ili ubit' v Ukraine pri vtorženii – SMI. Pravda, 19.2.2022.

¹⁵ Na Chersonščyni rosijany zatrymali ponad 400 ukrajinciv čerez protesty. Zachid.net, 9.3.2022. – Chersonci zнову vyjšly na skciju protestu – rosijany vidkryly vohon'. Ukrinform, 24.3.2025. – U Chersoni vstanovyly okupativ, jaki braly učast' u sylovych rozgonach učasnykiv myrnych protestiv. Intent.press, 20.9.2023. – Chvylja akvij protestu proty okupaciji prokotylasja Chersonščynoju, Golos.com.ua, 6.3.2022. – „By tut ne nužny“: u Chersoni ne vščuchajut' protesty proty okupaciji (video). Glavkom.ua, 14.3.2022. – Cherson zнову nyjšov na bagatotsjačnyj myrnyj protest proty rosij's'kych okupativ. Youtube, <www.youtube.com/watch?v=DAYCN9jadyo>. – Chersoncy zнову vyjšly na akciju protestu – rosijany vidkryly vohon'. Ukrinform, 24.3.2025.

2022 beschloss der Kreml, in den besetzten Gebieten „staatliche Sicherheitsdienste“ einzurichten, um deren Arbeit zu systematisieren. Diese Dienste waren nominell mit Kollaborateuren besetzt, jedoch vollständig russländischen FSB-Offizieren unterstellt. Nach der Annexion der Gebiete im Oktober 2022 begann Russland mit dem Aufbau vollwertiger FSB-Einheiten, die sich nun systematisch um die Identifizierung und Unterwerfung der proukrainischen Bevölkerung vor Ort kümmerten. Zum Repertoire gehörten außergerichtliche Repressionen, Folter, physischer und moralischer Druck sowie die Verweigerung von Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung.

Die Hauptaufgabe der temporären Einsatzgruppen bestand darin, die Sicherheit der Besatzungstruppen und der neuen Besatzungsbehörden bis zum Zeitpunkt des Machtwechsels in Kiew und der Ukraine zu gewährleisten. Zu den Aufgaben dieser Gruppen gehörten die Spionageabwehr für die Truppen, die Überprüfung ukrainischer Kriegsgefangener, die sogenannte Filtration sowie die Bekämpfung von Widerstandszellen.

Da der Plan gescheitert war, im Handstreich eine moskauhörige Regierung in Kiew einzusetzen und die Besatzungstruppen mit zahlreichen Protesten in den Städten Cherson, Heničes'k, Novaja Kachovka und dem Dorf Kalančak konfrontiert waren, sahen sich die FSB-Beamten gezwungen, sich auf die Bekämpfung von Massenprotesten umzustellen. Alleine in den ersten zehn Tagen des März 2022 verhafteten sie rund 400 Demonstranten.¹⁶ Die Demonstranten ließen sich jedoch nicht abschrecken und gingen in der folgenden Woche in ähnlicher Zahl auf die Straße. Protest statt Jubel, Chaos statt Ordnung, darauf waren die FSB-Beamten nicht vorbereitet.¹⁷ Allerdings sank die Zahl der Demonstranten anschließend – als Folge der systematischen Verhaftung und Entführung der Organisatoren dieser Proteste.

In der zweiten Phase wurde ein eigener Sicherheitsdienst für Besatzungszwecke eingerichtet; im April/Mai 2022 schuf Russland nach Angaben der ukrainischen Staatsanwaltschaft den sogenannten Staatssicherheitsdienst der Region Cherson. Er besteht aus dem Leiter des Dienstes, der Abteilung „M“, der Abteilung für Spionageabwehr, der Abteilung für den Schutz des Verfassungssystems und die Terrorismusbekämpfung, der Abteilung für operative Ermittlungen, der Abteilung für Informationssicherheit, der Abteilung für wirtschaftliche Sicherheit, der Abteilung für Ermittlungen, der Abteilung für besondere Zwecke („Alpha“), der Abteilung für innere Sicherheit, der Abteilung für technische Unterstützung und der Abteilung für Finanzen und Wirtschaft. An der Einrichtung dieses so genannten Staatssicherheitsdienstes waren etwa 70 Personen beteiligt.¹⁸ Dieser Dienst betraute mehrere Mitarbeiter mit Führungsaufgaben, die früher ukrainische Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) gewesen waren und die die Ukraine zwischen 2014 und 2022 bereits verraten hatten.¹⁹

Die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der Region Cherson beteiligten sich in der Regel an der Durchsuchung und Verhaftung ukrainischer Bürger, darunter proukrainische Aktivisten, Gegner der Besatzungsbehörden, ukrainische Militärangehörige oder Saboteure. Repressionen erfolgten ohne Gerichtsbeschluss, der Staatssicherheitsdienst

¹⁶ Na Chersonščyni rosijany zatrymaly ponad 400 ukrajinciv čerez protesty. Zachid.net, 9.3.2022.

¹⁷ Christina Martynko: Žiteli Chersona protestujut pod obstrelami rosijskich okkupantov: My ne boimsja! Cherson – eto Ukraina!. Korotko pro, 5.3.2022.

¹⁸ Sein Hauptstandort war das Gebäude des Wirtschaftsgerichts von Cherson, Teatral'na, 18.

¹⁹ V Chersonskoj oblasti „načal'nykom FSB“ mogut naznačyt' ěks-glavu SBU vremen Janukovyča Jakymenko. 24tv.ua, 21.6.2022.

folterte, erzwang Geständnisse und Selbstbelastungen oder Falschaussagen über Familienangehörige, etwa dass sie Sabotage- und Aufklärungsgruppen angehörten oder die ukrainischen Streitkräfte unterstützen.²⁰ Namentlich identifizierte Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der Region Cherson nahmen mit mehreren Kollaborateuren an der Entführung ukrainischer Staatsbürger teil, fügten ihnen Körperverletzungen zu, setzten Elektroschocks ein, enthielten ihnen Nahrung und Wasser vor und verwehrten ihnen die nötige medizinische Versorgung.²¹

Die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden identifizierten mehrere FSB-Mitarbeiter, die illegale Festnahmen, physische Gewalt, Scheinerschießungen, Diebstahl und die Erzwingung von Kollaboration zu verantworten haben, darunter Jurij Beljackij (*6.4.1980) und Sergej Sinicyn (*14.10.1975).²² Sinicyn koordinierte Straffaktionen gegen ukrainische Bürger, nachrichtendienstliche Operationen und subversive Aktionen in der Region. Er trug auch zur Einführung der Rubelzone in den besetzten Gebieten und zur Übertragung des russländischen Steuersystems auf das besetzte Gebiet bei. Die letzte Etappe der Russifizierung der Sicherheitsorgane begann im Januar 2023 und umfasste die Einrichtung eines vollwertigen FSB-Direktoriums der Russländischen Föderation in der Region Cherson.

Auf Anweisung Moskaus wurden in allen besetzten Gebieten Strafverfolgungsbehörden geschaffen. Gewalttätige Aktionen gegen ukrainische Bürger wurden bereits vor der offiziellen Einrichtung dieser Stellen durchgeführt. Die Etappen des Aufbaus von Sicherheitsbehörden in der Region Zaporizžja ähneln denen in der Region Cherson. Der Staatssicherheitsdienst der Region Zaporizžja wurde erst Ende Juni 2022 formell gegründet. Wie in der Region Cherson wurde er von einem ehemaligen hochrangigen Beamten des Sicherheitsdienstes der Ukraine, Sergej Ganža, geleitet. Führungspositionen wurden überwiegend mit Personen aus dem FSB besetzt.

Polizei

Der Aufbau der russländischen Polizei in den besetzten Gebieten durchlief drei Phasen, von denen die erste von Februar bis März 2022 dauerte. Die öffentliche Sicherheit wurde zunächst vornehmlich der russländischen Nationalgarde übertragen, deren Aufgabe es war, ukrainische Proteste gewaltsam zu unterdrücken. Phase zwei dauerte von April bis Dezember 2022.²³ Nun wurde eine Polizeibehörde geschaffen, die pseudounabhängig von der russländischen Polizei agierte. Die letzte Phase begann im Januar 2023 mit der Einrichtung einer vollwertigen regionalen Sicherheitsbehörde in Übereinstimmung mit

²⁰ Povidomlennja pro pidozru ta povistky pro vyklyk Sal'do V.V., Bjelojedova O.M., Lamtyugova S.V., Marčuka A.O., Noskova K.Ju. (ukrajins'koju i rosijs'koju), Prosjanoka V.O., Suprunenka O.L. na 11.10.2023, 12.10.2023, 13.10.2023, <www.gp.gov.ua/ua/posts/povidomlennja-pro-pidozru-ta-povistki-pro-viklik-saldo-vv-bjelojedova-om-lamtyugova-sv-marcuka-ao-noskova-kyu-prosyanoka-vosuprunenka-ol-na-11102023-12102023-13102023-ukrayinskoyu-i-rosiiskoyu>.

²¹ Ebd.

²² Služba bezpeky Ukrainy: Povidolennja pro zminu raniše povidomlenoji pidozry ta povidomlennja pro novu pidozru, 5.5.2023, <www.gp.gov.ua/storage/files/9/05052023/укр/підозри/Підозра%20Ліпандін%20В.В.%20-%20керівник%20ОЗ.pdf>.

²³ Zur Nationalgarde allgemein: Margarete Klein: Russlands neue Nationalgarde. Stärkung der Machtvertikale des Putin-Regimes, in: OSTEUROPA, 5/2016, S. 19–32.

der organisatorischen und personellen Struktur des Innenministeriums der Russländischen Föderation (MVD).

Im Gegensatz zur mehr oder weniger einheitlichen Einrichtung von FSB-Einheiten in den besetzten Gebieten der Regionen Zaporizžja und Cherson erfolgte die Bildung von Polizeieinheiten des russländischen Innenministeriums in Cherson und Zaporizžja zwar äußerlich ähnlich, aber doch auch unterschiedlich. Bis Ende 2023 herrschte in den neu besetzten Regionen ein polizeiliches Duumvirat. Neben der offiziellen Hauptabteilung des Innenministeriums der Russländischen Föderation waren auch die sogenannten „temporären Abteilungen“ des Innenministeriums tätig. Nach Angaben des ukrainischen Innenministeriums arbeiteten seit Oktober 2023 etwa 400 ehemalige ukrainische Polizeibeamte für Russlands Strafverfolgungsbehörden in den besetzten Gebieten. Gegen weitere 400 Polizeibeamte wurde wegen möglicher Zusammenarbeit mit den Besatzungstruppen ermittelt.²⁴ Nach Aussage eines verurteilten Kollaborateurs, der von Juli bis September 2022 in der Hauptabteilung des Innenministeriums in der Region Cherson gearbeitet hatte, waren von den 6500 offiziell genehmigten Stellen etwa 1000 tatsächlich besetzt worden.²⁵ Das Polizeipersonal bestand größtenteils aus Kollaborateuren, d.h. ehemaligen Mitarbeitern des ukrainischen Innenministeriums, Mitarbeitern des russländischen Innenministeriums und neu rekrutierten Angehörigen der örtlichen Bevölkerung.²⁶

Zu den von der Besatzungspolizei begangenen Vergehen und Verbrechen gehören die Entführung ukrainischer Bürger, die Auslieferung an Foltergefängnisse, die Beteiligung an Folter, die illegale Durchsuchung von Privaträumen, die Plünderung von Eigentum und Diebstahl, die Aneignung von Waffen, Diebstahl in Unternehmen, die Requirierung von Unternehmen für „offizielle“ Zwecke, die Kontrolle der Wahlkommissionen und die organisatorische Beteiligung an den gefälschten Referenden.²⁷

Zunächst waren Einheiten der Nationalgarde der Russländischen Föderation (Rosgwardija) gemeinsam mit den Kolonnen der russländischen Streitkräfte als Vorhut in die Ukraine eingerückt. Ab Anfang März 2022 unterdrückte die Nationalgarde unter Führung von Generalmajor M. Kalupin, Kommandeur der 50. separaten Einsatzbrigade der Nationalgarde (Novočerkask), von Generalmajor M. Pešakov, der eine taktische Gruppe der Nationalgarde im tschetschenischen Groznyj befehligte, und von Oberst A. Naumenko, dem stv. Leiter der Abteilung der Nationalgarde für das Gebiet Rostov, lokale Proteste.²⁸ Sie waren die Hauptverantwortlichen für die Unterdrückung von öffentlichen Versammlungen, Entführungen, für illegale Inhaftierungen, die Anwendung physischer Gewalt und für Folter. Naumenkos Aktivitäten begannen am 9. März 2022

²⁴ Policejs'kych, jaki zalyšylysja v okupaciji ta perejšly na bik voroga, menše niž piv vidsotka, vsim jim povidomleno pro pidozru – golova Nacpoliciji. Interfax. 10.10.2023.

²⁵ Kollaboracija v okkupirovannom Chersoni: „Kak porjadočnaja doč“, ja pošla narušat' zakon“. Justiceinfo.net, 20.6.2023.

²⁶ Valentyna Romanenko: Prosecutors expose ex-intelligence officer while studying Russia's trail in crimes against Maidan protesters. Ukrainska Pravda.com.ua, 13.10.2023.

²⁷ Čelovek-pauk. Kto i kak sozdaval set' pytočnych v okkupirovannoj Chersonskoj oblasti. Liga.net, <<https://projects.liga.net/torture-chambers-r/>>.

²⁸ SBU povidomyła pro pidozru dvom generalam rf, jaki komanduvaly prydušennjam myrnych protestiv pid čas okupaciji Chersona. SSU.gov.ua, 20.7.2023, <<https://ssu.gov.ua/novyny/sbu-povidomyla-pro-pidozru-dvom-heneralam-rf-yaki-komanduvaly-prydušennjam-myrnykh-protestiv-pid-chas-okupatsii-khersona>>.

mit der Beschlagnahme eines Gefängnisses und der Verhaftung von proukrainischen Aktivisten. Von März bis Oktober 2022 waren Naumenkos Untergebene an der gewaltsamen Inhaftierung von mindestens 145 ukrainischen Bürgern beteiligt. Im Laufe der Zeit leisteten die Einheiten von Rosgvardija auch Hilfsdienste für den FSB und das russländische Innenministerium.

Zu den Aufgaben der Rosgvardija gehörte nicht nur die Niederschlagung von Massenprotesten, sondern auch der Schutz strategischer Einrichtungen, einschließlich Kernkraftwerken. So nahmen in den ersten Kriegstagen die 22. und die 102. Einsatzbrigade der Nationalgarde (aus der Region Volgograd bzw. Dagestan) sowie zwei Regimenter aus den Regionen Nižnyj Novgorod und Krasnojarsk, das Kernkraftwerk Zaporizžja (AKW Enerhodar) ein und lösten lokale Proteste auf. Hauptmann K. Judin vom 376. Einsatzbataillon der Nationalgarde aus Dagestan leitete die gewaltsame Auflösung einer friedlichen Kundgebung im März 2022 und befahl, Gewalt gegen Einwohner der Stadt Enerhodar anzuwenden.²⁹

Generell wurde der Rosgvardija im Gebiet Zaporizžja eine „Verantwortungszone“ zugewiesen, die sich von Enerhodar bis nach Kachovka in der Region Cherson erstreckte, eine Entfernung von 150 km.³⁰ Anwohner berichteten, dass das nach Achmat Kadyrov benannte tschetschenische Regiment *Achmat*, das OMON-Bataillon *Achmat-1* und das *Bataillon Süd* der Rosgvardija aus Groznyj „Filtrationsoperationen“ durchführten. Auch in anderen Regionen führte die Rosgvardija Strafaktionen durch. Im Bezirk Berdjans'k in der Region Zaporizžja suchten tschetschenische Rosgvardija-Truppen unter Führung des Bataillonskommandeurs A. Eldarov nach ukrainischen Patrioten und hielten sie unter unmenschlichen Bedingungen fest, schlugen sie, veranstalteten Scheinhinrichtungen und folterten u.a. mit Strom. Ihr Ziel war es, die Einheimischen zur Zusammenarbeit zu zwingen und Informationen über proukrainische Aktivisten zu erpressen.

Zwei Kuratoren aus der Russländischen Föderation, Sergej Sinicyn vom FSB und Aleksandr Toptygin vom Innenministerium, gaben Anweisungen zum Aufbau der regionalen Besatzungspolizei. Die sogenannte Hauptabteilung des Innenministeriums in der Region Cherson wurde von Sinicyn und Toptygin mit Unterstützung dreier (ehemaliger) ukrainischer Staatsbürger (V. Lipandin, V. Bobryšev und N. Savina) spätestens am 29. April 2022 eingerichtet. Bis Februar 2014 war der Kollaborateur Lipandin Leiter einer Abteilung des ukrainischen Innenministeriums in der Region Čerkasy gewesen. Während der Majdan-Proteste war Lipandin dann für die Unterdrückung der örtlichen Demonstrationen verantwortlich. Am 24. Februar 2014 wurde Lipandin vom ukrainischen Innenministerium entlassen und zog anschließend auf die besetzte Krim, wo er die russländische Staatsbürgerschaft annahm. Er gründete eine private Sicherheitsfirma (Drakar) in der Stadt Evpatorija. Am 24. Juni 2014 wurde in der Ukraine ein Haftbefehl ausgestellt, am 9. August 2014 ein Verfahren gegen ihn eingeleitet und am 12. November 2014 ein internationaler Haftbefehl gegen ihn erlassen. Am 1. Mai 2022 wurde Lipandin schließlich offiziell zum Kollaborateur erklärt.³¹

²⁹ Vstanovleni imena rosijan, jaki čynjat' vijs'kovi zločyny v okupovanomu misti Zaporyz'koji oblasti. Zprz.city, 9.7.2022.

³⁰ „Kadyrivci“ na okupovanomu pivdni Ukrajin: vykradennja, šantaž, vbybstva. Ukrajina Kryminal'na, 19.12.2022.

³¹ Dos'je Lipandin Volodymyr Vitalijovyč. Most.ks.ua, <<https://file.most.ks.ua/d/lipandin-volodymyr-vitalijovyč/>>.

Die weiteren Ernennungen in der „Hauptabteilung“ zeigen, dass das Ziel der russländischen Kuratoren darin bestand, die Polizeiverwaltung so schnell wie möglich mit krenltreuem Personal zu besetzen. Die aus Moskau ernannten Leiter von Polizeiabteilungen übertrugen bisweilen persönlichen Bekannten führende Positionen in der neuen Polizeiverwaltung. Formal wurde der Aufbau des Polizeiapparats mit der Registrierung der Hauptabteilung des Innenministeriums der Russländischen Föderation im Gebiet Cherson am 11. Januar 2023 abgeschlossen. Lipandin wurde zum Leiter der Abteilung ernannt, während seine vier Stellvertreter aus Russland kamen.

Der Aufbau der Besatzungspolizei in der Region Zaporizžja erfolgte nach einem ähnlichen Muster wie in der Region Cherson. Die endgültige Übernahme der Polizei durch die Russen begann im Januar 2023, als die Regionalverwaltung von Zaporizžja in eine einheitliche Organisations- und Personalstruktur des russländischen Innenministeriums umgewandelt wurde. Die Hauptabteilung des Innenministeriums der Russländischen Föderation in der Region Zaporizžja und die der Region Cherson wurden am 11. Januar 2023 offiziell in Russland registriert.

Formen der Unterdrückung

Die russländischen Behörden setzten in den besetzten Gebieten „Zuckerbrot und Peitsche“ ein, um ihre Kontrolle zu festigen. Eine kleine Gruppe an Kollaborateuren akzeptiert das Zuckerbrot. Die Mehrheit der Bevölkerung war und ist sich indes des umfassenden Drucks durch die russländischen Besatzer bewusst. Die Hauptaufgaben des Repressionsregimes bestehen darin, den ukrainischen Widerstand zu brechen, Aktivitäten proukrainischer Bürger zu unterbinden und den Teil der Bevölkerung zu identifizieren, der die Besatzungsbehörden nicht akzeptiert, sich aber auch nicht aktiv am Widerstand beteiligt. Eine besondere Aufgabe ist es, Aktivitäten der ukrainischen Spezialkräfte zu verhindern. Die Besatzer waren und sind nicht in der Lage, alle Feinde Putins aufzuspüren, auch wenn sie sich auf vorbereitete Listen loyaler Ukrainer und durch „Filtration“ gewonnene Daten stützen.

Zahllose Menschen wurden sogenannten „präventiven Strafmaßnahmen“ unterworfen. Zu den „Präventivmaßnahmen“, die russländische *Siloviki* anwenden, gehören die „Säuberung“ von Siedlungen, Razzien, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Filtration, Massenverhaftungen, Folter, Hinrichtungen, die Deportation nach Russland und die Ausweisung mit anschließender Beschlagnahme des Eigentums. Die langjährige Indoktrination der *Siloviki* in Russland hat unter ihnen tiefen Hass gegen alles Ukrainische genährt, auch gegen Personen, die nicht mit der Widerstandsbewegung in Verbindung stehen.

Filtration

Bei den Filtrationslagern handelt es sich um Zentren, in denen die Besatzungstruppen ukrainische Bürger registrieren, verhören und inhaftieren.³² Anfänglich wurden die Filtrationslager vor allem dazu genutzt, große Teile der Bevölkerung in den neu besetzten

³² Russia: „Filtration“ of Ukrainian Civilians a „Shocking Violation“ of People Forced to Flee War, September 2022. Amnesty International, 8.9.2022.

Gebieten zu kontrollieren. Nachdem jedoch die ständige Besatzungsverwaltung ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, verlagerte sich ihr Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Widerstandsbewegung in den besetzten Gebieten. Der Hauptzweck der Filtration besteht in der Suche und Identifizierung von Gegnern, seien es Aktivisten, Militärangehörige, Ex-ATO-Teilnehmer, Personen mit einer explizit proukrainischen Haltung und ukrainische Militärangehörige. Die Filtration dient auch dazu, personenbezogene Daten zu sammeln, eine Datenbank für die spätere Einbürgerung (Passvergabe; russ.: *pasportizacija*) zu erstellen und diejenigen zu identifizieren, die sich dieser Erfassung entzogen haben, sowie proukrainische Spionage abzuwehren. Personen, die sich weigern, einen russländischen Pass anzunehmen, müssen mit Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit und des Zugangs zu Gesundheitsversorgung und Bildung rechnen. Ukrainer ohne russländischen Pass, die sich in den besetzten Gebieten aufhalten, werden als ausländische Staatsangehörige eingestuft. Anfang März 2025 berichtete Russlands Innenminister Vladimir Kolokolcev, dass 3,5 Millionen Pässe in den besetzten Gebieten ausgestellt worden seien.³³

Die Filtration ist für die gesamte Bevölkerung der besetzten Gebiete obligatorisch; niemand kann sich ohne vorherige Filtration durch die besetzten Gebiete bewegen. Wer den Filtrationsprozess durchlaufen hat, erhält einen Stempel der Besatzungsverwaltung im Pass. Eine Person, die die Filtration nicht in der vorgegebenen Zeit durchlaufen hat und auf Reisen in den besetzten Gebieten entdeckt wird, wird umgehend verhaftet und in ein Filtrationslager oder ein Untersuchungsgefängnis der Polizei, des FSB oder der Nationalgarde verbracht. Wenn eine in den besetzten Gebieten registrierte Person in den ersten Kriegswochen die Filtration nicht durchlaufen hat und über die Russländische Föderation oder EU-Staaten in die Ukraine zurückgekehrt ist, wird der Filtrationsprozess an der Grenze zu den baltischen Staaten oder der Grenze zwischen Finnland und Russland durchgeführt. Nach der Besetzung ukrainischer Gebiete richtete die russländische Militärverwaltung ein weites Netz von Kontrollpunkten, Festnahmepunkten und Filtrationslagern ein.

Die Kontrollpunkte konnten alle 500 bis 1000 Meter an Hauptstraßen aufgestellt werden. Diese Dichte lässt sich auch mit dem Wunsch der Betreiber erklären, für die Durchfahrt Schmiergelder zu erhalten. Bis zum Sommer 2022 gab es 20 Filtrationslager in den besetzten Gebieten. Ende 2022 existierten nach Auskunft des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments, Dmytro Lubinec, Filtrationslager in allen Städten.³⁴ Die Besatzungstruppen führten in den ersten Kriegsmonaten Massenfiltrationen durch, nachdem eine große Zahl von Einwohnern fliehen musste und in die unbesetzten Gebiete oder nach Russland ausreisen wollte.

Die Filtration wurde nach einer vom FSB entwickelten Standardmethode durchgeführt. Männer und Frauen wurden getrennt, Kinder zusammen mit Frauen festgehalten, allen wurden Fingerabdrücke abgenommen. Die festgehaltenen Personen mussten sich nackt ausziehen, weil die Besatzer Waffen, versteckte Wertsachen oder Dokumente wie Militärausweise, ATO-Teilnehmerausweise oder proukrainische Tätowierungen suchten

³³ Russia Finishes Issuing Passports in Occupied Ukrainian Regions, Putin Says. Moscow Times, 5.3.2025.

³⁴ „Je oznaky henocydu“. Fil’tracija na okupovanyh terytorijach posyljuet’sja? Radio Svoboda, 28.2.2025.

oder Spuren von Waffengebrauch identifizieren wollten.³⁵ Durchsucht wurden Autos und persönliche Gegenstände. Wenn Eltern verhaftet wurden, trennte man die Kinder von ihnen. Handys wurden ausgelesen und auf ukrainische Symbole, antirussländische Äußerungen und Verbindungen zum ukrainischen Militär untersucht.³⁶

Die verhörten Personen mussten einen Fragebogen ausfüllen oder sich einem langwierigen Verhör unterziehen, bei dem Vernehmungsbeamte provokante Fragen stellten und Druck ausübten. Ihr Ziel war es, Informationen über den Verbleib ukrainischer Truppen, die Einstellung zu Putin, Russland sowie zur sogenannten militärischen Spezialoperation zu erhalten. Zeugen berichteten, dass sie während dieser Verhöre geschlagen wurden. Sogar Unterwäsche im Tarnmuster, das den Uniformen der ukrainischen Soldaten ähnelt, kann ein Grund für eine Verhaftung sein. Bis 2023 wurden schätzungsweise 1,6 Millionen Menschen einer Filtration unterzogen.

Die Filtrationslager können eine große Anzahl von Menschen aufnehmen. Die bekannten Lager haben eine Kapazität von 400 bis 600 Personen. Bewohner der besetzten Gebiete bezeichnen die Lager als Konzentrationslager. In den Lagern werden in der Regel jene weiter inhaftiert, die die Kontrollen nicht bestanden haben. Sie werden entweder in Kerkern oder Gefängnissen der Besatzer festgehalten oder hingerichtet. Die ukrainische Polizei identifizierte einen FSB-Agenten, den Sohn des Sicherheitschefs des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowyč, der ein Filtrationslager in der Region Zaporizžja leitete und der für die illegale Inhaftierung von Ukrainern, die Durchsuchung ihres Eigentums, für gewaltsame Verhöre, Gewalt und simulierte Hinrichtungen verantwortlich war.³⁷

Obwohl die besetzten Gebiete formal annektiert und in die Russländische Föderation inkorporiert sind, besteht die Grenze zwischen den besetzten Gebieten und Russland sichtbar weiter. In Taganrog gibt es ein Filtrationslager, in das alle Personen gebracht werden, die vom FSB bei Kontrollen an den Grenzübergängen zur Russländischen Föderation ausgesiebt werden. Die Festgenommenen werden unter strengen Sicherheitsvorkehrungen in Baracken untergebracht und warten auf ihre Verhöre und den Lügendetektortest, in der Hoffnung, danach freigelassen zu werden.

Zu den Praktiken der Besatzer gehören die Säuberung von Siedlungen, Razzien in Dörfern und bei Ansammlungen in Städten, etwa auf Märkten, in Supermärkten oder in Erholungsgebieten. Es kommt vor, dass ein Dorf von Truppen der russländischen Nationalgarde umstellt wird, die Bewohner überprüft und verhört, alle Häuser durchsucht und die Telefone kontrolliert werden, um solche mit ukrainischen SIM-Karten zu finden. Durchsuchungen finden auch statt, nachdem man die Bevölkerung vorübergehend vertrieben hat. In der Stadt Rubižne in der Region Luhans'k wurden z.B. mehr als 300 Menschen unter dem Vorwand der Entminung vertrieben, und die Besatzungstruppen durchsuchten dann die Häuser in Abwesenheit der Bewohner.³⁸

³⁵ Operacija „fil'tracija“. Čerez ščo prochodjat' ukrajinci, jaki opynylysja pid rosij's'koju okupacijeju. Mipl.org.ua, 23.5.2022.

³⁶ V okupovanych Oleškach rosijany zdijšnjut' fil'tracijni zachody. Kherson.rayon.in.ua, 22.12.2023.

³⁷ Sudytymut' agenta FSB – syna načal'nyka ochorony Viktora Janukovyča, jakyj kuruvav fil'tracijnij tabir Zaporiz'kij oblasti. Nacional'na policija ukrajiny. 2.4.2024, <www.npu.gov.ua/news/sudytymut-ahenta-fsb-syna-nachalnyka-okhorony-viktora-ianukovycha-iakyyi-kuruvav-filtratsiinyi-tabir-v-zaporizkii-oblasti>.

³⁸ U Rubižnomu vorog proviv fil'traciju meškanciv pislja bombarduvannja RF-Centr nacsprotyvu. Ukrinform.ua, 25.3.2025.

Russland rekrutiert in den besetzten Gebieten Männer für den Kriegseinsatz. Razzien dienen auch dazu, Männer zu identifizieren, die sich dieser Zwangsmobilisierung für die russländische Armee entziehen wollen. Diese Zwangsmobilisierung findet mindestens seit Herbst 2023 statt. Einige Ukrainer, die ursprünglich für den Einmarsch Russlands gewesen waren und zu den ersten gehörten, die die russländische Staatsbürgerschaft erhielten, sind nun verzweifelt über die Mobilisierung ihrer Söhne für Russlands Armee. Die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden haben 67 Orte der Inhaftierung von Ukrainern ermittelt, darunter Filtrationslager, Untersuchungsgefängnisse und Strafkolonien für Ukrainer, von denen sich 42 auf dem Gebiet der Russländischen Föderation befinden.³⁹ Mit Stand vom 6. Februar 2024 hatte die Medieninitiative für Menschenrechte (MIHR) des Norwegischen *Helsinki-Komitees* 1505 ukrainische Zivilisten identifiziert, die an 51 Orten in den besetzten Gebieten der Ukraine und an 39 Orten in der Russländischen Föderation festgehalten werden. Die MIHR-Experten vermuten, dass die tatsächliche Zahl der Inhaftierten vier- bis fünfmal höher liegt.⁴⁰

Folter

Die systematische Anwendung von Folter gegen ukrainische Kriegsgefangene und inhaftierte Zivilisten ist weit verbreitet. Ein ehemaliger ukrainischer Gefangener berichtete, er habe vom Leiter eines der Gefangenenlager gehört: „Ihr könnt mit den *Chochly* machen, was Ihr wollt! Sie sind Nazis!“⁴¹ Die Opfer werden oft gefoltert, bevor sie hingerichtet werden. Schläge, Folter und Vergewaltigungen finden nicht nur in Haftanstalten statt, sondern auch in den Häusern der Ukrainer. Mitarbeiter russländischer Behörden haben in sieben Regionen der Ukraine sowie in Russland Folterungen an Ukrainern verübt. An ihnen waren Angehörige der Streitkräfte, des Föderalen Sicherheitsdienstes, der Nationalgarde und Mitarbeiter des Föderalen Strafvollzugsdienstes (*Federal'naja služba ispolnenija nakazanij, FSIN*) beteiligt. Eine Untersuchungskommission der UNO bestätigte das.⁴²

Die Foltermethoden unterscheiden sich, verursachen aber stets schwere Schmerzen und Leiden bei den Opfern und führen zu langfristigen physischen und psychischen Traumata.⁴³ So berichteten ukrainische Kriegsgefangene von Atem-, Schlaf- und Gehschwierigkeiten, gebrochenen Knochen und Zähnen sowie von Blutungen, Schwellungen und Infektionen oder Wundbrand an verschiedenen Körperteilen. Außerdem litten sie unter Sehstörungen und Verletzungen der inneren Organe. In einem Bericht vom 13. April

³⁹ Valentina Pustiva: Ob'javleno podezrenye kuratory fyl'tracyonnogo lagerja na Zaporož'e. Korrespondent.net, 24.1.2024.

⁴⁰ Media Initiative for Human Rights (MIHR Ukraine), Hans Thoolen on Human Rights Defenders and their Awards. Humanrightsdefenders.blog, 1.7.2024.

⁴¹ <www.youtube.com/shorts/WsEeFr_I79w>. Chochly ist eine von Russen verwendete abfällige Bezeichnung für Ukrainer.

⁴² UN Commission of Inquiry on Ukraine finds Additional Evidence of Common Patterns of Torture by Russian Authorities, United Nations in Ukraine. Ukraine.un.org, 23.9.2024, <<https://ukraine.un.org/en/279437-un-commission-inquiry-ukraine-finds-additional-evidence-common-patterns-torture-russian>>.

⁴³ Dazu der eindrückliche Erfahrungsbericht von Stanislaw Assejew: Heller Weg, Donezk. Bericht aus einem Foltergefängnis. Frankfurt/Main 2023.

2023 dokumentierte *Human Rights Watch* Fälle von Folter an Personen, die in der Untersuchungshaftanstalt in der Teploenergetikiv-Straße 3 im besetzten Cherson festgehalten wurden. Eines der Opfer erinnerte sich:

Es waren fünf Männer. [. . .] Sie wurden alle verprügelt. Einem wurde ins Bein geschossen. Ein anderer hatte eine gebrochene Rippe. Wir haben den ganzen Tag und die ganze Nacht Schreie gehört. Die Leute schrien um drei Uhr morgens und abends. [. . .] Medizinische Versorgung [. . .] wurde niemandem gewährt.⁴⁴

Die Elektroschocks wirkten je nach dem Zustand des Körpers des Opfers unterschiedlich. Relevant ist, ob der Körper trocken oder nass ist – in einigen Fällen wurden Kriegsgefangene direkt aus der Dusche geholt. Die Stärke des Stroms, die Länge des Körperteils, durch den der Strom geleitet wurde (zwischen den Fingern einer Hand oder durch den ganzen Körper), und die Stromquelle (Elektroschocker, Batterie, Dynamo) sind entscheidende Faktoren für die Wirkung der Foltermaßnahme. Von allen Formen des Elektroschocks ist jene, die an den Genitalien angewendet wird, am quälendsten. Schläge und Elektroschocks werden als Foltermethoden bei allen Kriegsgefangenen und inhaftierten Zivilisten in der Ukraine und in den Einrichtungen des Föderalen Strafvollzugsdienstes eingesetzt.⁴⁵

Ehemaligen ukrainischen Häftlingen zufolge gaben FSB-Offiziere den Wachleuten (Militärangehörigen oder FSIN-Mitarbeitern) den Befehl, vor dem Verhör mit dem Häftling zu „arbeiten“. In der Regel handelt es sich dabei um Schläge und Elektroschocks, den Häftlingen wurden mit Nägeln oder anderen scharfen Gegenständen Symbole (vor allem des Buchstabens „Z“) in den Körper eingeritzt (so in der Kolonie Nr. 1 in der Region Tula), Körperteile (Finger) abgeschnitten, Zähne mit Tischlerwerkzeugen abgeschliffen oder Körperteile mit Zangen festgeklemmt. Hunde wurden auf die Häftlinge losgelassen, so geschehen z.B. in der Untersuchungshaftanstalt in Voronež. Auch das Simulieren von Hinrichtungen gehört zum Folterrepertoire. Oftmals wird eine Person an eine Wand gestellt oder muss sich hinknien, woraufhin die Wachleute dann aus nächster Nähe auf den Kopf der Person zielen und abfeuern oder aus der Ferne mit Platzpatronen schießen.⁴⁶ Häftlinge werden unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten. In Russland waren 23 ukrainische Gefangene in einer Sechs-Bett-Zelle und 14 bis 16 Gefangene in einer Vier-Bett-Zelle eingesperrt. Im besetzten Olenovka wurden die Gefangenen in drei mal vier Meter großen Zellen ohne Betten, nur mit einem Metalltisch und Stühlen, untergebracht.⁴⁷ Die medizinische Versorgung wurde verweigert oder war unzureichend. Das Essen war miserabel, die Portionen klein, und an manchen Orten durfte nur zwei bis sieben Minuten lang gegessen werden. Opfer berichten, dass sie extrem unter Hunger litten, was zu einem starken Gewichtsverlust führte, und dass sie sich von Würmern, Seife, Papier und Hundefutterresten ernährten. In einigen Einrichtungen war der Zugang zu Duschen und Toiletten eingeschränkt, oder ein Loch im Boden diente als Toilette.

⁴⁴ Ukraine: Russian Torture Center in Kherson. Unlawful Detention, Torture of Civilians During 8-Month Occupation. Hrw.org, 13.4.2023.

⁴⁵ V rosijs'komu poloni: ščo vidbuvajet'sja z ukrajins'kymy vijs'kovymy za stinamy rosijs'kich tjurem. Mipl.org.ua, 23.6.2023.

⁴⁶ Ukraine, Russian Torture [Fn. 45].

⁴⁷ Kolonija v Olenivci: misce, ščo stalo peklom. Suspil'ne Donbas, 9.8.2022.

Vergewaltigung und sexuelle Gewalt waren an der Tagesordnung. Einige Mitarbeiter von Einrichtungen des Föderalen Strafvollzugsdienstes vergewaltigten Männer mit Gummiknüppeln.

Bevölkerungsaustausch

Nach Artikel 49 des Genfer Abkommens über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegzeiten vom 12. August 1949 ist es unter allen Umständen verboten, geschützte Personen einzeln oder in Massen aus dem besetzten Gebiet in das Gebiet der Besatzungsmacht oder in das Gebiet eines anderen Staates, ob besetzt oder nicht, zu verlegen oder zu deportieren.⁴⁸ Außerdem darf die Besatzungsmacht keinen Teil ihrer Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet verlegen oder deportieren. Obwohl das Abkommen der Besatzungsmacht das Recht einräumt, eine allgemeine oder teilweise Evakuierung aus einem bestimmten Gebiet vorzunehmen, wenn dies zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung notwendig ist, führt Russland de facto Massendepортationen der ukrainischen Bevölkerung aus allen besetzten Gebieten durch, einschließlich derjenigen, die tief im Hinterland liegen. Russlands Politik zielt darauf ab, eine beträchtliche Zahl der erwachsenen Bevölkerung und ukrainische Kinder nach Russland zu deportieren.⁴⁹ Kindesentzug ist ein Kriterium für den Tatbestand des Völkermords. Russland vertreibt ukrainische Bürger gewaltsam von ihrem ständigen Wohnsitz auch in die von der Ukraine kontrollierten Gebiete (und beschlagnahmt anschließend ihr Eigentum) und siedelt wiederum Russen aus Russland in den besetzten Gebieten an.⁵⁰

Es ist schwierig, genaue Zahlen zu den Deportierten anzugeben. Am 5. Dezember 2022 stellte der Menschenrechtsbeauftragte des ukrainischen Parlaments, Dmytro Lubinec, fest, dass seit Beginn der umfassenden Invasion etwa 2,8 Millionen Ukrainer gezwungen waren, das Land zu verlassen oder zwangsweise nach Russland verbracht wurden.⁵¹ Zwei Wochen später sagte der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelens'kyj, dass etwa zwei Millionen ukrainische Bürger deportiert worden seien, und bestätigte, dass es schwierig sei, genaue Zahlen zu ermitteln.⁵² Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) wurden über 2,5 Millionen ukrainische Staatsbürger nach Russland abgeschoben (mit dem Vorbehalt, dass diese Zahl ungenau sein könnte).⁵³ Unabhängig von der genauen Zahl der vertriebenen, inhaftierten oder abgeschobenen ukrainischen Personen ist der demographische Wandel im Alltag spürbar – es fehlt massiv an Fachkräften, darunter Ärzten.

⁴⁸ Article 49 – Deportations, transfers, evacuations. ICRC, <<https://ihl-databases.icrc.org/en/ihl-treaties/gciv-1949/article-49>>.

⁴⁹ Andreas Umland: Russlands Kinderraub. Ukrainische Opfer, internationale Reaktionen, in: OSTEUROPA, 6–7/2024, S. 35–49.

⁵⁰ Elina Beketova: Behind the Lines: Russia Strips Ukrainians of Their Homes. CEPA.org, 19.7.2024.

⁵¹ Stalo vidomo, skil'ky ukrajinciv pid čas vijny bulo deportovano do RF. Glavkom.ua, 5.12.2022.

⁵² Prezydent: rosija deportovala blyz'ko dvoch mil'joniv ukrajinciv, sered nych bagato ditej. Ukrinform.ua, 25.3.2025.

⁵³ Za danymy OON, kil'kist' deportovanyh do Rosiji ukrajinciv stanovyť ponad 2,5 mil'jony, ale ci dani možut' buty netočnymy. Zmina.info, 19.11.2022.

Im Mai 2023 änderte Russlands Staatsduma das Gesetz „Über das Kriegerrecht“ und legalisierte damit de facto die Deportation der ukrainischen Bevölkerung.⁵⁴ Dem Artikel 7 („Maßnahmen in Gebieten, in denen das Kriegerrecht verhängt wurde“) wurde zur Legalisierung der Praxis unter Punkt 12.2 die Bestimmung hinzugefügt: „Erzwungene und kontrollierte Bewegung von Bürgern aus dem Gebiet, in dem das Kriegerrecht verhängt wurde, in Gebiete, in denen das Kriegerrecht nicht verhängt wurde.“ Mit dem Dekret Nr. 756 vom 19. Oktober 2022 verhängte Putin das Kriegerrecht über das Gebiet der DNR, LNR, Zaporizžja und Cherson.⁵⁵

Die Vorbereitungen für die „Aufnahme von Flüchtlingen“ in Russland begannen mindestens eine Woche vor dem Beginn der militärischen Invasion. Am 18. Februar 2022 erteilte Putin dem Minister für Notstandssituationen den Befehl, in die Region Rostov zu reisen, um Flüchtlinge aus dem Donbass aufzunehmen.⁵⁶ Am selben Tag ordnete der Gouverneur der Region Rostov die Einführung einer hohen Alarmstufe an, und zwar

im Zusammenhang mit der Gefahr einer Notsituation, die mit der erwarteten Zunahme der Ankunft von Bürgern aus den an die Region Rostov angrenzenden Gebieten verbunden ist und der Notwendigkeit, ihre Lebenserhaltung in provisorischen Unterkünften und Lebensmittelzentren sicherzustellen.

Am nächsten Tag rief derselbe Gouverneur den Notstand in der Region aus – „im Zusammenhang mit einer erheblichen Zunahme der Ankunft von Bürgern aus den an das Gebiet Rostov angrenzenden Gebieten“.⁵⁷ Am 21. Februar 2022 erließen die Gouverneure der Regionen Moskau und Penza, die nicht an die Ukraine grenzen, ähnliche Anordnungen zur Aufnahme ukrainischer Bürger.

Am 12. März 2022 unterzeichnete Russlands Ministerpräsident Michail Mišustin die Resolution Nr. 349:

Über die Verteilung der Bürger der Russländischen Föderation, der Ukraine, der Volksrepublik Donezk, der Volksrepublik Lugansk und der Staatenlosen mit ständigem Wohnsitz in den Gebieten der Ukraine, der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk, die gezwungen waren, die Gebiete der Ukraine, der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk zu verlassen und die in einer Massennotlage auf das Gebiet der Russländischen Föderation gelangt sind, auf die Subjekte der Russländischen Föderation.⁵⁸

⁵⁴ Federal'nyj konstitucionnyj zakon ot 30.1.2002 N 1-FKZ (red. ot 13.12.2024) „O voennom položenii“. Konsul'tantPlus, <www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_35227/7d26c4e1754d86f891581f27b402a422efd344e0/>.

⁵⁵ Ukaz o vvedenii voennogo položeniia na territorijach DNR, LNR, Zaporozhskoj i Chersonskoj oblastej. Kremlin.ru, 19.10.2022, <www.kremlin.ru/events/president/news/69631>.

⁵⁶ Putin poručil vrio glavy MČS vylet' v Rostovskuju oblast'. Argumenty i fakty, 18.2.2022.

⁵⁷ Rasporjaženie gubernatora Rostovskoj oblasti ot 18. fevralja 2022 goda No 26 „O vvedenii režima povyšennoj gotovnosti na territorii Rostovskoj oblasti v svjazi s ugrozoi vozniknovenija črezvyčajnoj situacii, svjazannoj s pribytiem graždan iz prigraničnyh s rostovskoj oblast'ju territorij“. Rg.ru, 19.2.2022, <<https://rg.ru/documents/2022/02/19/rostov-rasp26-reg-dok.html>>.

⁵⁸ Postanovlenie Pravitel'stva RF ot 12.3.2022 N 349 (red. ot 25.09.2024) „O raspredelenii po sub'ektam Rossijskoj Federacii graždan Rossijskoj Federacii, Ukrainy i lic bez graždanstva, postojanno proživajuščich na territorijach Ukrainy i Rossijskoj Federacii, vynuždenno pokinuvščich žilije pomeščeniia i pribyvščich na territorii sub'ektov Rossijskoj Federacii v ekstreennom massovom porjadke“. Konsul'tantPlus, <www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_411374/>.

Die Resolution legt die Verteilung von über hunderttausend ukrainischen Bürgern auf alle Subjekte der Russländischen Föderation fest (ausgenommen sind die Städte Moskau, St. Petersburg und die besetzte Autonome Republik Krim).

Nach Angaben der ukrainischen Menschenrechtsorganisation *ZMINA Human Rights Center* berichten abgeschobene Ukrainer, dass ihre Dokumente, welche die ukrainische Staatsbürgerschaft bescheinigen, in Russland beschlagnahmt wurden.⁵⁹ In solchen Fällen wird die Person als Geisel gehalten und kann Russland nicht mehr verlassen, da die konsularischen Vertretungen der Ukraine auf dem Gebiet der Russländischen Föderation nicht arbeitsfähig sind. Unter dem Druck der örtlichen Sicherheitskräfte werden ukrainische Bürger so gezwungen, die russländische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Durch die Abschiebung von Ukrainern in das eigene Hoheitsgebiet kompensiert Russland die heimische demographische Krise.

Strafgefangene, die ihre Strafe in ukrainischen Justizvollzugsanstalten verbüßen, sind von der Zwangsumsiedlung besonders betroffen. Seit Beginn des Krieges wurden mindestens 2500 Häftlinge aus Gefängnissen in den von Russland besetzten Gebieten verschleppt.⁶⁰ Im Oktober 2022, während des Rückzugs der Invasionstruppen vom rechten Ufer des Dnepr, wurden Häftlinge in das Lager VK-7 (Stadt Hola Prystan' / Region Cherson), dann nach Simferopol' auf der Krim und schließlich nach Russland verbracht. Ende 2022 / Anfang 2023 wurden die Häftlinge auf zehn Kolonien in den russländischen Regionen Krasnodar, Volgograd und Vladimir verteilt.

Die Besatzungsverwaltung übt systematisch Druck auf die Ukrainer aus, die russländische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Männer, die dies tun, können dann zu so genannten Sturmeinheiten eingezogen werden, d.h. für selbstmörderische Angriffe auf ukrainische Stellungen.⁶¹ Eine Methode, mit der die Annahme der russländischen Staatsbürgerschaft erpresst wird, ist die Drohung mit dem „Verlust“ ukrainischer Dokumente, was es unmöglich macht, die von Russland kontrollierten Gebiete zu verlassen.

Die Zwangsausweisung ukrainischer Bürger begann bereits vor der formellen Annexion der eroberten Gebiete im Herbst 2022. Im Juli 2022 unterzeichneten die bereits erwähnten „Gauleiter“ der Region Cherson, Vladimir Sal'do, und der Region Zaporizžja, Jevhen Balyc'kyj, Dekrete, die eine Zwangsausweisung von Ukrainern wegen „extremistischer Aktivitäten“ erlaubten.⁶² Die gleichzeitige Unterzeichnung deutet auf einen Befehl aus Moskau hin.⁶³ Nach der Annexion der besetzten Gebiete hat Putin diese Art der Deportation durch ein Dekret vom 27. April 2023 legalisiert.⁶⁴

Deportationsbefehle können auch auf ukrainische Bürger ausgedehnt werden, die sich nicht aktiv gegen die Besatzung wehren, sondern lediglich eine andere Meinung als die

⁵⁹ Za danyimi OON, Kil'kist' deportovanyh do Rosiji ukrajinciv stanovyť ponad 2,5 mil'jony, ale ci dani možut' byty netočnymi. Zmina.info, 19.11.2022.

⁶⁰ V Rossiju vyvezli okolo 2,5 tysjač zaključennyh s okkupirovannyh territorij. Pravda.com.ua, 6.4.2023.

⁶¹ Russia to Intensify Forced Mobilisation in Temporarily Occupied Territories of Ukraine – National Resistance Center. Ukrainska Pravda, 10.02.2025. – Russia Starts Drafting Ukrainians From Occupied Territories. Newsweek 20.11.2024.

⁶² V Rossiju vyvezli okolo 2,5 tysjač zaključennyh s okkupirovannyh territorij. Pravda.com.ua, 6.4.2023.

⁶³ Kollaborant Balickij rasskazal o massovoj deportacii ukraincev. Tsn.ua, 23.2.2024.

⁶⁴ Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 27.4.2023 № 307 „Ob osobennostjach pravovogo položenija otdel'nyh kategorij inostrannyh graždan i lic bez graždanstva v Rossijskoj Federacii“. Oficial'noe opublikovanie pravovyh aktov, 2.7.4.2023, <<http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202304270013>>.

der Besatzer vertreten. In einem Bericht des britischen Verteidigungsministeriums vom 11. März 2024 heißt es: „Es besteht die reale Möglichkeit, dass jeder, der nach dem 1. Juli 2024 in den vorübergehend besetzten Gebieten keinen russländischen Pass besitzt, entweder deportiert oder verhaftet wird.“⁶⁵ Die Abschiebung ist auch eine Möglichkeit, das Eigentum ukrainischer Bürger zu beschlagnahmen. Nach russländischem Recht muss der Eigentümer bei der Neuanschaffung von Immobilien anwesend sein. Wird ihm die Einreise in das besetzte Gebiet untersagt, „verstaatlichen“ die Besatzer das Eigentum.

Deportation von Kindern

Die Deportation ukrainischer Kinder in die Russländische Föderation veranlasste den Internationalen Strafgerichtshof, einen internationalen Haftbefehl gegen Putin und die Beauftragte für Kinderrechte, Maria L'vova-Belova, zu erlassen. Gemäß Artikel 78 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Konventionen vom 12. August 1949 ist die Evakuierung von Kindern aus besetzten Gebieten in einen fremden Staat verboten.⁶⁶ Dar'ja Herasymčuk, die Beauftragte des Präsidenten der Ukraine für Kinderrechte und Kinderrehabilitation,⁶⁷ berichtete, dass bis zum 1. September 2023 mehr als 744 000 ukrainische Kinder illegal in die Russländische Föderation verbracht worden seien.⁶⁸

Russland macht keine Angaben zu Kindern, die verschleppt wurden. Bis zum 15. März 2024 wurden die folgenden Zahlen zur Gewalt gegen ukrainische Kinder bestätigt: 535 wurden getötet, 1257 verletzt, 2088 werden vermisst, 13 wurden Opfer sexueller Gewalt, 19 546 wurden deportiert oder zwangsumgesiedelt, von denen 388 in die Ukraine zurückkehrten. Die erste Deportationswelle begann bereits vor der groß angelegten Invasion. Die Abschiebung ukrainischer Kinder aus Internaten in der DNR und der LNR in die Region Rostov in der Russländischen Föderation begann am 18. Februar 2024. Die russländische Praxis kann als Entführung zum Zwecke vollständiger Assimilation bezeichnet werden. Die entführten Kinder werden gezwungen, die Staatsbürgerschaft Russlands anzunehmen. Nach der Annexion von Gebieten nach Artikel 5 Absätze 7 und 10 der sogenannten Verfassungsgesetze über den Beitritt der Regionen DNR, LNR, Zaporizžja und Cherson hat Russland die erzwungene Annahme der russländischen Staatsangehörigkeit durch ukrainische Kinder unter 14 Jahren legalisiert.⁶⁹ Damit wurde eine „rechtliche“ Grundlage für den erzwungenen Verzicht auf die ukrainische Staatsbürgerschaft und die Annahme der russländischen Staatsbürgerschaft durch ukrainische Kinder unter 14 Jahren geschaffen.

⁶⁵ <<https://twitter.com/DefenceHQ/status/1767115760466313671>>.

⁶⁶ Dodatkovyj protokol do Ženev's'kych konvencij vid 12 serpnja 1949 roku, ščo stosujetsja zachystu žertv mižnarodnych zbrojnych konfliktiv (Protokol I), vid 8 červnja 1977 roku. Verchovna Rada Ukrajini, 8.12.2005, <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/995_199#Text>. – Umland, Russlands Kinderraub [Fn. 50].

⁶⁷ Russia's actions against ukrainian children violate CRC – Commissioner Daria Herasymchuk. Mediacenter.org.ua, 30.5.2023.

⁶⁸ Predstavnyky Ofisu Presydynta u mežach prezentaciji proektu Bring Kids Back UA pozpovily nimec'kym parlamentarjam pro Vykradenych Rosijeju ukrajins'kych ditej. President.gov.ua, 8.9.2023, <<https://president.gov.ua/news/predstavniki-ofisu-prezidenta-u-mezhah-prezentaciyi-proektu-85469>>.

⁶⁹ Podpisan Federal'nyj konstitucionnyj zakon o prinjatii s Rossijskuju Federaciju Chersonskoj oblasti i obrazovanii v sostave RF novogo sub'ekta – Chersonskoj oblasti. President Rossii, Dokumenty, 5.10.2022, <<http://kremlin.ru/acts/news/69516>>.

Nach Angaben der ukrainischen Menschenrechtsorganisation *Regional Center for Human Rights* wurden seit Ende 2022 mindestens 386 Kinder aus den besetzten Gebieten illegal von Familien in Russland adoptiert.⁷⁰ Die treibende Kraft hinter dieser Politik ist die Beauftragte für Kinderrechte, Maria L'vova-Belova, die selbst einen Jungen aus Mariupol' illegal adoptiert hat, der in der Ukraine offizielle Vormünder hatte. Wie die Menschenrechtsanwältin Ekaterina Raševskaja behauptet, ist die russländische Adoptionspolitik eine PR-Strategie, die zeigen soll, dass ukrainische Kinder in Russland sicher sind, und Familien im Lande ermutigen soll, Kinder aus den besetzten Gebieten zu adoptieren.

Im Mai 2023 berichtete die ehemalige stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine und damalige „Ministerin für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete“, Iryna Vereščuk, darüber, dass die russländischen Behörden die Identifikationsdaten der Kinder, d.h. ihre Familiennamen, Vornamen und Geburtsdaten, ändern.⁷¹ Dies erschwert nicht nur die Suche der internationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Vermittlungsländer nach den Kindern, sondern macht es den zukünftigen Erwachsenen auch unmöglich, sich als Ukrainer zu identifizieren.

Seit dem Sommer 2022 deportiert Russland Kinder auf die besetzte Krim und in Regionen der Russländischen Föderation in Kinderlager oder Erholungseinrichtungen. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Feindseligkeiten und der sich verschlechternden humanitären Lage in den besetzten Gebieten stimmten einige Eltern der Umsiedlung zu, wobei sie davon ausgingen, dass es sich um eine vorübergehende Regelung handeln würde.

Die Zahl der Orte, an die ukrainische Kinder umgesiedelt werden, hat im Laufe der Zeit zugenommen: Im Februar 2024 schloss sich Belarus den Bemühungen Russlands an, Kinder umzusiedeln. Der Aufenthalt der umgesiedelten Kinder in einem russländischen Lager hat zum Ziel, ihr Bewusstsein „umzuprogrammieren“. Die Kinder dürfen nach ihren „Sommerlagern“ in Russland nicht in die besetzten Gebiete der Regionen Zaporizžja und Cherson zurückkehren. Die Ausbildung der deportierten Kinder in den Lagern erfolgt nach russländischen Lehrplänen. Nach Beendigung der vermeintlich vorübergehenden Umsiedlung in Sommerlager, der manche Eltern sogar zugestimmt hatten, weigerte sich die Lagerleitung indes oft, die Kinder unter Hinweis auf die Gefahren in den besetzten Gebieten und, im Falle der befreiten Gebiete, aufgrund der Kontrolle angeblich russländischer Gebiete durch ukrainische Besatzer, zurückzuschicken.⁷²

Im Jahr 2022 weigerte sich der Leiter eines Kinderlagers auf der besetzten Krim (Jevpatorija), die Kinder zu ihren Eltern in die befreite Stadt Cherson zurückzuschicken, und zwar mit dem Hinweis, dass die Kinder bereits Russen seien. Kindern, die proukrainische Ansichten vertraten oder untereinander Ukrainisch sprachen, wurde mitgeteilt, dass sie nicht nach Cherson zurückkehren könnten. In manchen Fällen wurde behauptet, die ukrainischen Eltern hätten die Kinder verlassen und rechneten nicht mehr mit ihrer Rückkehr.⁷³

⁷⁰ Rossijsane nezakonno usynovili po men'shej mere 386 ukrainskich detej: kak proischoдит genocid i kto ego vozglavljaet. Zmina.info, 7.12.2022.

⁷¹ VRF menjaju imena i daty roždenija vyvezennym iz Ukrainy detjam – Vereščuk. Korrespondent.net, 31.5.2023.

⁷² Weeks turn to months as children become stuck at camps in Crimea. The Guardian, 27.12.2022.

⁷³ Rosija gotuje vykradenych ukrajins'kych ditej dlja svojich podal'sych vojen – sluchannja u Kongreci SŠA. Golos Ameriky, 1.2.2024.

Umerziehung

Die Besatzungstruppen unterziehen die ukrainischen Kinder einer „Gehirnwäsche“, um ihre ukrainische Identität auszulöschen. Alle Schulfächer werden ausschließlich auf Russisch unterrichtet. In Fächern wie Geschichte, Sozialkunde, Literatur und Geographie wird Propaganda über Russlands Invasion in die Ukraine, über die ukrainische Ethnizität und die politischen Institutionen in der Ukraine vermittelt. Auf dem Lehrplan steht das Studium von Artikeln, Reden und Interviews Vladimir Putins. Seit September 2022 wird im Rahmen der außerschulischen Aktivitäten das Thema „Gespräche über wichtige Dinge“ behandelt – propagandistische Staatsbürgerkunde, die aus Russland bekannt ist.⁷⁴ Ende 2023, Anfang 2024 kamen die Themen „Krim und Sevastopol: 10 Jahre im Heimathafen“, „Verbündete Russlands“, „Helden unserer Zeit“ (Teilnehmer der „Militärischen Spezialoperation“) und „Tag der Spezialeinheiten“ hinzu. Das Kulturprogramm umfasst Auftritte von kremltreuen Künstlern, Propagandisten, Politikern, Kriegsveteranen und Mitgliedern militärischer Organisationen aus Russland und Belarus sowie Ausflüge zu Orten von patriotischer Bedeutung.⁷⁵

Ein gängiger Slogan der Erziehungspolitik lautet: „Ihr seid die zukünftigen Verteidiger unseres Vaterlandes, Russlands!“ Zur Indoktrination gehören die militärische Ausbildung an Gymnasien unter Beteiligung ehemaliger Teilnehmer der „Militärischen Spezialoperation“ (einschließlich Hasspropaganda gegen Ukrainer) für Schüler ab 14 Jahren, die Bildung von Zellen der Jugendarmee (*Junarmija*) in den besetzten Gebieten sowie die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen von acht bis 18 Jahren in die militärische Ausbildung von Einheiten der russländischen Streitkräfte.⁷⁶ 2023 meldeten sich etwa 100 Jugendliche der *Junarmija* in den Regionen Russlands zum Dienst in der russländischen Armee und wurden ins Kampfgebiet entsandt.

Im Juli 2022 wurde in Russland, einschließlich den besetzten Gebieten, eine neue Jugendorganisation, die „Bewegung der Ersten“ (analog zur sowjetischen Pionierorganisation), gegründet, um „die Weltanschauung der Kinder“, wie es heißt, „auf der Grundlage der traditionellen russischen geistigen und moralischen Werte zu formen“.⁷⁷ Am 1. September 2023 wurde in allen Schulen Russlands und in den besetzten Gebieten der Ukraine ein neues Lehrbuch für moderne Geschichte eingeführt. Die Abschnitte des Lehrbuchs über die Zeit ab den 1970er Jahren wurden vollständig umgeschrieben und ein neuer Abschnitt über die sogenannte „Spezialoperation“ hinzugefügt. Das Lehrbuch rechtfertigt den Krieg gegen die Ukraine und ist eine Schmähschrift des Hasses.⁷⁸ Eine der Berufsgruppen, von denen die Bereitschaft zu weltanschaulicher Indoktrination un-nachgiebig erwartet wird, sind Lehrer.⁷⁹

⁷⁴ Replacing books, militarisation and „conversations about important things“. How Russia is changing the identities of Ukrainian children under occupation. Svidomi.in.ua, 4.7.2024.

⁷⁵ V Krymu detskij lager' otkazalsja vernut' rebenka domoj v Cherson. Krym.Realii, 29.12.2022.

⁷⁶ Als Überblick: <<https://ru.wikipedia.org/wiki/Юнармия>>. – Dar'ja Talanova: „Blut tropft aus den Ranzen. Patriotismuserziehung an Russlands Schulen, in: OSTEUROPA, 12/2022, S. 115–126.

⁷⁷ Rosija na TOT zalučyla ponad 100 tys. ditej do propagandyst'kich organizacij, – gromads'ki aktyvisty. Espresso.tv, 26.3.2024.

⁷⁸ Vitalij Portnykov. Pidručnyk amoral'nosti. Krym.Realiji, 10.8.2023. – Tetiana Kotelnikova: Russia is Indoctrinating Schoolchildren throughout Occupied Ukraine. Ukraine Alert, 17.10.2024.

⁷⁹ School Teacher: A High Risk Job under Russian Occupation. Amnesty International, Public Statement, 4.10.2024, <www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2024/10/Public-statement-Teachers-Ukraine-1.pdf>.

Bevölkerungspolitik

Die Zahl der Staatsangehörigen Russlands in den besetzten Gebieten nimmt zu. Indem die besetzten Gebiete mit Russen bevölkert werden, verringert sich das Potenzial für Proteste. Russland fördert unter der eigenen Bevölkerung die Umsiedlung in die besetzten Gebiete mit dem Versprechen höherer Einkommen, beruflicher Aufstiegsmöglichkeiten und günstigen Wohnungsbaudarlehen. Die meisten offenen Stellen gibt es beim Wiederaufbau zerstörter Städte. Im August 2023 kündigte der stv. Ministerpräsident Marat Chusnullin ein Dreijahresprogramm für die Wiederherstellung der besetzten Gebiete an.⁸⁰ Zwischen 2023 und 2025 sollen kulturelle Stätten und etwa 2500 Wohnungen und kommunale Einrichtungen wiederhergestellt werden. In ihrem im August 2023 veröffentlichten Bericht über die regionale Wirtschaft spricht Russlands Zentralbank von einer wachsenden internen Arbeitsmigration, vor allem im Baugewerbe, der Landwirtschaft und im Transportgewerbe. Die Arbeitsmigranten kommen demnach vor allem aus dem zentralen Förderationskreis, aus Sibirien und dem Süden Russlands.⁸¹ Ein Anreiz sind höhere Löhne für Arbeitsmigranten als für Einheimische. So beträgt das Durchschnittsgehalt eines Bauarbeiters in der DNR etwa 40 000 Rubel, während umgesiedelte Arbeiter in Mariupol' etwa 100 000 Rubel erhalten.⁸² Wer sich in den besetzten Gebieten niederlässt, hat Anspruch auf vergünstigte Hypothekenkonditionen.⁸³ Die Einheimischen können jedoch aufgrund fehlenden Zugangs zu ukrainischen Informationssystemen keinen Nachweis ihrer Kreditwürdigkeit erbringen.⁸⁴ Viele Neuankömmlinge aus Russland, sowohl Militärs als auch Zivilisten, übernehmen lukrative Posten in der Besatzungsverwaltung, während selbst einheimische Kollaborateure häufig ihre Positionen verlieren. Die Ausgabe russländischer Pässe an ukrainische Bürger (passportizacija) ist seit 2014 ein Instrument der Besatzungspolitik.⁸⁵ Menschen ohne russländische Staatsbürgerschaft werden elementare Rechte und der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen etwa im Gesundheitswesen verweigert. Wer Lohn oder Rente beziehen will, muss einen russländischen Pass haben. Da ukrainische Banken nicht mehr in den besetzten Gebieten arbeiten können, Rentner aber Anspruch auf ukrainische Renten haben, ist ein Netz von Geldwechslern entstanden, die Hrywnja in Rubel tauschen.⁸⁶ Nach einem Präsidialerlass vom April 2023 gelten Einwohner ohne russländischen Pass ab Dezember 2024 als ausländische Staatsbürger und können verfolgt und abgeschoben werden. Ohne russländischen Pass kann man kaum mehr in dem besetzten Gebiet leben.⁸⁷ Sobald ein männlicher

⁸⁰ Za 3 goda region-shefy vosstanovjat porjadka 8400 ob'ektov v novych regionach. Novosti gtrklr.ru, 3.8.2023.

⁸¹ Doklad „Regional'naja ekonomika: kommentarii GU“ Bank Rossii, cbr.ru. 12.3.2025.

⁸² Počemu v novye region edut na zarabotki. Vedomosti, 13.9.2023.

⁸³ Elina Beketova: Behind the Lines: Ethnic Cleansing by Home Loan. Russian Banks are Offering Cheap Mortgages for Homes in the Occupied Territories as the Invaders Seek to Colonize Ukraine and Drive out Local Residents. Centre for European Policy Analysis, 23.1.2025.

⁸⁴ Donosy, repressii, zameščenie naselenija. Čto proisходит na territorijach Ukrainy, uže dva goda okkupirovannyh Rossiej. Currenttime.tv, 26.2.2024.

⁸⁵ Dieter Gosewinkel: Der Pass als Waffe – Russlands Politik der „Passportisierung“. WZB 13.4.2022. – Fabian Burkhardt: Russlands Passportisierung des Donbas: Von einer eingeschränkten zu einer vollwertigen Staatsbürgerschaft? Russland-Analysen, 414/2022.

⁸⁶ Kateryna Panasiuk: Coercion and Control: Life Under Russian Occupation. Centre for European Policy Analysis, 6.3.2024.

⁸⁷ Petrov: Russia in the Occupied Territories [Fn. 2].

Einwohner Staatsbürger Russlands geworden ist, unterliegt er der Wehrpflicht in der russländischen Armee.

Enteignungen

Enteignungen sind ein systematisches Merkmal der Besatzungspolitik seit 2024/25. Ziel ist es, den Wechsel von der ukrainischen zur russländischen Staatsbürgerschaft zu belohnen sowie eine Umsiedlung von Russen in die besetzten Gebiete zu befördern. Bereits im September 2014 wurde die Unverletzlichkeit des Privateigentums in der Volksrepublik Donezk per „Gesetz“ durch das Verfahren zur „Einführung von zeitweiligen staatlichen Verwaltungen in Unternehmen und Institutionen“ ausgehöhlt.⁸⁸ Die Einführung der „temporären Verwaltung“ durch die separatistischen Behörden im Jahr 2014 hat die Möglichkeiten für eine Geschäftstätigkeit in den besetzten Gebieten radikal verändert. Nun spielt es keine Rolle mehr, wie ein Unternehmen registriert ist, sondern nur noch, wer seine Ressourcen und Finanzströme kontrolliert. Wenn Bauern die besetzten Gebiete verlassen, wird ihr Eigentum oft geplündert. Auch Unternehmen werden von Russen und lokalen Kollaborateuren geplündert.

Eigentumsrechte sind nicht mehr geschützt, die Suche nach Schutz unter russländischem Recht ist ein aussichtsloses Unterfangen.⁸⁹ Geschäftsleute schrecken vor langfristigen Investitionen zurück.

Hunderttausende Ukrainer mussten ihre Häuser, Wohnungen, Geschäfte, Gärten und Felder zurücklassen, als sie vor den russländischen Invasoren flohen. Russland verteilte schnell attraktive oder zumindest unbeschädigte Immobilien unter der eigenen Bevölkerung. Verlassene Werkstätten, Geschäfte und Cafés wurden an neue, kremltreue Betreiber übergeben. Soldaten, Beamte und Bauarbeiter zogen in leerstehende Wohnungen und Häuser ein. In besetzten Städten wie Mariupol', Melitopol' und Enerhodar berichteten Bewohner, dass ganze Familien aus Russland eingezogen sind – in die voll eingerichteten Wohnungen ukrainischer Familien.⁹⁰

In den besetzten Gebieten hängt das Recht auf Privateigentum von der russländischen Staatsbürgerschaft und der persönlichen Anwesenheit auf dem Grundstück oder im Unternehmen zu dem Zeitpunkt ab, an dem Russlands Behörden beschließen, das Eigentum neu zu registrieren. Privateigentum kann für herrenlos erklärt werden, wenn sich der Eigentümer länger als ein halbes Jahr außerhalb Russlands aufhält – die besetzten Gebiete werden als russländisches Staatsgebiet behandelt – und die Rechnungen für eine Wohnung nicht bezahlt. Flüchtlinge oder Binnenflüchtlinge können so leicht enteignet werden. Jeder potenzielle Wohnungssuchende kann eine „herrenlose“ Wohnung melden.

⁸⁸ Postanovlenie Soveta Ministrov DNR No 35-8 ot 26.9.2014 g. O porjadke vvedenija vremennych gosudarstvennyh administracij na predprijatijach i v učeždenijach. Npa.dnronline.su, 25.4.2015.

⁸⁹ Anatolij V. Kostruba: Verstaatlichung von Immobilieneigentum in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine: einige rechtliche Aspekte des Schutzes des Zivilrechts. Kieler Ostrechts-Notizen, 2/2014–1/2015, S. 22–28.

⁹⁰ Ann-Dorit Boy: Russia Moves to Expropriate Homes in Occupied Regions. Spiegel international, 7.5.2024.

Listen mit „herrenlosen“ Wohnungen werden regelmäßig auf der Website der Stadtverwaltung von Donec’k veröffentlicht und stehen somit zur Beschlagnahme oder zum illegalen Eigentumsübergang zur Verfügung. Die russländischen Behörden nehmen Wohnungen und andere Immobilien bis hin zu Gartengrundstücken per Erlass weg.⁹¹ Die Einrichtung und der Besitz können als „herrenlos“ betrachtet werden, einschließlich Dokumenten, Fotos und persönlichen Gegenständen, wenn die Wohnung selbst als „herrenlos“ gekennzeichnet ist.

Die Besitzer ukrainischer Pässe haben keinerlei Rechte. Kein Immobilienbüro in den besetzten Gebieten arbeitet mit dem Eigentum von „ausländischen Bürgern“. Wenn eine Wohnung nicht in das russländische Immobilienregister eingetragen ist, kann sie nicht verkauft werden, und ohne russischen Pass kann der Eigentümer auch nichts ummelden. Das Gleiche gilt für Unternehmen, von denen viele nach 2014 beispielsweise nur vorläufig in der DNR registriert waren. Nach der Annexion ukrainischer Gebiete durch Russland ist es infolge einer ukrainischen Staatsbürgerschaft der Eigentümer unmöglich, Unternehmen nach russischen Regeln neu zu registrieren. Der Markt in den besetzten Gebieten ist mit Immobilien überlastet, die nicht verkauft werden können, während die Eigentümer keinen Zugang zu ihrem Eigentum haben. Seit etwa 2018 ist es unmöglich, eine Wohnung in der DNR zu verkaufen, ohne sie in den selbsternannten Republiken zu registrieren. Nunmehr ist es unmöglich, Wohnungen zu verkaufen, zu vererben oder zu verschenken, ohne sie von den DNR-Registern in russische Register umzumelden. War es 2018 in Donec’k noch möglich, eine Wohnung aus der Ferne zu verkaufen, z.B. von Kiew aus, indem man sie im Grundbuchamt der DNR umregistrieren ließ und für die Dienste der Vermittler zahlte, so sind jetzt nach russländischem Recht ukrainische Bürger, die aus den besetzten Gebieten geflohen sind, einschließlich der Einwohner von Mariupol’, Volnovacha und Donec’k, aller Eigentumsrechte beraubt.

Große Infrastrukturbauprojekte, insbesondere in Mariupol’, illustrieren Russlands Absicht, für immer in den besetzten Gebieten zu bleiben. Entlang des Landkorridors von Rostov am Don nach Mariupol’ und weiter zur Krim wird eine neue föderale Autobahn gebaut. Einige lokale Autobahnen zur Grenze nach Russland werden als Alternative zur Krim-Brücke ausgebaut. Der Bau einer großen Eisenbahnstrecke in der südukrainischen Steppe entlang der Küste des Asowschen Meeres hin zur Krim schreitet zügig voran. Neben militärischer Logistik befördert die Eisenbahn Güter zum Handelshafen Mariupol’, die nach Russland weiter exportiert werden, vor allem Getreide aus den besetzten Gebieten.

Für diese Bauprojekte wurden die alten Beton- und Asphaltwerke in Jenakijeve, Mariupol’ und Volnovacha wieder geöffnet und sogar neue gebaut. Im stark zerstörten Frontbezirk Volnovacha haben die Steinbrüche, in denen Schotter gewonnen wird, ihre Arbeit wieder aufgenommen. Ihr Betrieb erfordert Sprengungen, die seit 2014 in der frontnahen Zone nicht mehr erlaubt waren.⁹² Bereits im Jahr 2022 begannen chinesische Unternehmen, in große Bauvorhaben in den besetzten Gebieten zu investieren.⁹³

⁹¹ Tipovoj porjadok. Vyjavlennija, učeta i prinjatija v municipal’nuju sobstvennost’ beschozjanyh nedvizimych veščej i vymoročnogo imuščestva. Gispna-dnr.ru, 27.2.2023.

⁹² <<https://t.me/andriyshTime/28491>>.

⁹³ Andrii Dikhtiarenko: Chinese companies help Russia conduct the „Great Construction“ in the occupied Donetsk region. Ukraine Frontlines, 16.2.2025.

„Normalisierung“

Logistisch sind die besetzten Gebiete von der Ukraine abgeschnitten, aber bisher nicht voll in das russländische Verkehrsnetz integriert. Seit 2014 gibt es in den besetzten Gebieten keine funktionierenden Flughäfen mehr, weder in Donec'k noch in Luhans'k. Flughäfen in Berdjans'k, Melitopol' oder Novaja Kachovka gab es ohnehin nie. An direkten Zugverbindungen fehlt es bisher ebenfalls. Die mehrfach angekündigte Strecke Jasinovataja-St. Petersburg ist nie in Betrieb genommen worden.⁹⁴ Die besetzten Gebiete sind allerdings durch ein Dutzend Züge mit Russland verbunden, von denen die wichtigsten Züge von Jasinovataja nach Luhans'k und zwei Züge zur russländischen Grenze fahren. Auch nach der Annexion muss die Grenze allerdings zu Fuß überquert werden. Dann kann man einen Zug nach Rostov am Don nehmen.

Mit der Zeit kehrt in den nicht mehr umkämpften Städten ein gewisses Maß an Normalität ein, Menschen verkaufen Gemüse, Autowerkstätten und Cafés arbeiten wieder, Fleisch ist wie in der Vorkriegszeit erhältlich. Die Einheimischen verdienen Geld, indem sie alles, was sie auf der einen Seite der Grenze, in Rostov am Don oder Taganrog oder auf Großmärkten kaufen, in den besetzten Gebieten weiterverkaufen. Die Grenze ist leicht zu passieren, Rostov am Don und Taganrog liegen in der Nähe, und die Lebensmittel sind dort billiger. Auch pharmazeutische Produkte sind ein Geschäft. Am lukrativsten ist das Transportgewerbe. In den besetzten Gebieten wird die Nachfrage durch den Bedarf der russländischen Armee genährt. Viele der für lokale Verhältnisse hochbezahlten Soldaten und Beschäftigten in den Besatzungsverwaltungen treiben die Preise in die Höhe. Neue Geschäfte wie der Bau einer Autobahn für Russlands Truppen sorgen für Umsatz. Lehrer und Ärzte, die in Frontnähe arbeiten, erhalten eine zusätzliche Vergütung.

Zwischen den 2014 besetzten Gebieten und den 2022 neu besetzten Gebieten klafft eine Lücke. In Makijivka im „alten“ Besatzungsgebiet wird ein Gehalt von 20 000 Rubeln für einen Lehrer als normal angesehen. Die Gehälter der Lehrer erreichen maximal 30 000 Rubel und gelten dann als normal. Im neu besetzten Volodars'k z.B. verdienen Lehrer im ersten Jahr der Besatzung allerdings 80 000 Rubel. Lehrer mit Diplomen für russische Sprache sind in den neu besetzten Gebieten rar, während in Donec'k Lehrer mit dem Fachgebiet Russisch reichlich vorhanden sind. Ukrainischlehrer müssen Russischlehrer werden.

Undienlichkeit

Auch wenn die Lebensbedingungen unter der Besatzung zur Anpassung zwingen, können die Russen die Undienlichkeit, Unbotmäßigkeit und den Widerstand nicht vollständig brechen.⁹⁵ Ukrainische Militärs erhalten Nachrichten über militärische Bewegungen der Russen. Informationen über die Unterdrückung werden an ukrainische Menschenrechtsorganisationen und Journalisten weitergegeben. Unbotmäßigkeit äußert sich auch in der Weigerung, Steuern zu zahlen oder einen russländischen Pass anzunehmen. Laut dem

⁹⁴ V DNR zapustjat poesda v Moskvu i Sankt-Peterburg. Komsomol'skaja Pravda, 7.10.2019.

⁹⁵ Zum Begriff der Undienlichkeit Iris Därmann: Undienlichkeit. Gewaltgeschichte und politische Philosophie. Berlin 2020.

ukrainischen Bildungsministerium erhielten 44 171 Schulkinder in den besetzten Gebieten im November 2024 Online-Unterricht nach ukrainischem Curriculum. Diese Kinder sind der Gefahr ausgesetzt, jederzeit denunziert und bestraft zu werden; an der Denunziation beteiligen sich unter anderem orthodoxe Priester.⁹⁶

Friedliche Proteste fanden im März und April 2022 statt, sie wurden dann aber niedergeschlagen. An ihre Stelle trat der Partisanenkrieg, maßgeblich organisiert von Partisanen vom „Gelben Band“ (Žovta strička).⁹⁷ Zum militärischen Widerstand gehören auch die „Legion Freiheit Russlands“ und das „Russische Freiwilligenkorps“, die Überläufer aus den russländischen Truppen rekrutieren und vor allem in den Jahren 2023 und 2024 in Zusammenarbeit mit dem ukrainischen SBU Sabotageaktionen in den besetzten Gebieten, aber auch in Russland, namentlich in den Grenzgebieten Belgorod und Kursk durchgeführt haben. Befehlshaber des „Russischen Freiwilligenkorps“ ist der russische Rechtsextremist und White-Rex-Gründer Denis Kapustin, der Anfang der 2000er Jahre als jüdischer Kontingentflüchtling nach Deutschland gekommen war.⁹⁸

Ukrainische Partisanen oder Spezialkommandos nehmen regelmäßig Kollaborateure in der Besatzungsverwaltung, russländische Polizisten und Soldaten und prorussländische Militärblogger ins Visier. Tötungen von Kollaborateuren und Besatzern, die Beschädigung russländischer Fahrzeuge und die Störung der von Russland kontrollierten Infrastruktur sowie von Treibstofflagern sind bis in die Gegenwart hinein gang und gäbe.⁹⁹ Besonders bekannt dafür ist die im September 2022 gegründete krimtatarische Ateš-Bewegung (Ateš = Feuer), deren Mitglieder v.a. auf der Krim und in Nova Kachovka, aber auch auf die Transsibirische Eisenbahn in Ekaterinburg Anschläge verübten.¹⁰⁰ Die Inbetriebnahme der Eisenbahnlinie, die die Krim mit Rostov am Don entlang des Asowschen Meeres verbindet, musste mehrmals verschoben werden, weil ukrainische Partisanen den Zugverkehr in den besetzten Gebieten störten.

Der Widerstand erhöht den Aufwand für Selbstschutz bei den Besatzern, lehrt hochrangige Kollaborateure das Fürchten, trägt zur Zielerfassung für ukrainische Militärs bei und unterbindet immer wieder den Nachschub der Besatzer. Er dementiert Russlands Befreiungsnarrativ und dokumentiert, dass trotz der für das Überleben notwendigen Anpassung weiterhin auch Möglichkeiten bestehen, Rückgrat zu zeigen. Die Besatzung, Kollaboration und der Widerstand gehen in das kollektive Gedächtnis der Ukraine ebenso ein wie die unmittelbare Gewalterfahrung an der Front und in den unter Beschuss stehenden Kommunen. Wer von der Ukraine „Land für Frieden“ erwartet, sollte den Preis benennen: Terrorfrieden und Zwangskonversion zum Putinschen Russentum.

Schlagwörter:

Besatzung, Annektierte Gebiete, Diktatfrieden, Russifizierung

⁹⁶ Oleksandr Pashkov: When Education Comes with a Risk to Life: How 44,000 Young Ukrainians in the Occupied Territories Receive a Ukrainian Education in Secret. Network for Border-Crossing Journalism, „What about Ukraine“ Newsletter, 19.12.2024.

⁹⁷ Yuras Karmanau, Hanna Arhirova: Yellow Ribbon Guerrillas Lead Ukraine's Resistance Effort. Associated Press 9.8.2022, Kyiv, <<https://web.archive.org/web/20221013140451/https://www.csmonitor.com/World/Europe/2022/0809/Yellow-Ribbon-guerrillas-lead-Ukraine-s-resistance-effort>>.

⁹⁸ <https://de.wikipedia.org/wiki/Russisches_Freiwilligenkorps>.

⁹⁹ <https://en.wikipedia.org/wiki/Ukrainian_resistance_in_Russian-occupied_Ukraine>.

¹⁰⁰ Ateš hat einen Telegram-Kanal: <https://t.me/atesh_ua/116>.

osteuropa

НЕПРИКОСНОВЕННЫЙ ЗАПАС



Kluften der Erinnerung

Rußland und Deutschland 60 Jahre nach dem Krieg

Neues von der Backlist: <<https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2005/4-6/>>